



Globalisierung und Gemeinwohl vor dem Hintergrund der Geld- und Bodenordnung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Problemfeld Geld	2
1.1. Das Überwachstum der Schulden	3
1.2. Wie wirkt sich die Überschuldung auf die einzelnen Haushalte aus?	4
1.3. Die Staatsverschuldung in Deutschland	6
1.4. Die Entwicklungen der öffentlichen Zinslasten	7
1.5. Ursachen der Überschuldung	8
1.6. Die Überentwicklungen der Geldvermögen	9
1.7. Die Entwicklungsunterschiede bei den Zuwachsraten	11
1.8. Weitere problematische Folgen der monetären Überentwicklungen	12
1.9. Verteilung der Zinseinkommen	13
1.10. Wer ist Gewinner, wer Verlierer bei der Umverteilung?	14
1.11. Die ökonomischen Folgen, vor allem für die Beschäftigung	16
1.12. Die Veränderungen der Zinslastquote	18
1.13. Monetäres Überwachstum - globale Exzesse	18
1.14. Kapitalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern	19
2. Problemfeld Boden	20
2.1. Grundsätzliches	20
2.2. Die Größenordnungen von Bodengewinnen	21
2.3. Die Einschränkungen des Gemeinwohls	22
3. Mögliche Lösungsansätze	23
3.1. Welche Korrekturen sind beim Geldsystem erforderlich und möglich? . . .	23
3.2. Wie kann es zu sinkenden Zinssätzen kommen?	25
3.3. Die Korrektur der Bodenordnung	27

*“Ich habe bisweilen den Eindruck,
dass sich die meisten Politiker immer noch nicht
darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute
unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen
und sogar von ihnen beherrscht werden.”*

Hans Tietmeyer¹

Vorwort

Auf der einen Seite nehmen die Finanzströme in der Welt in kaum noch nachvollziehbaren Größenordnungen zu, auf der anderen fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Auf der einen Seite breitet sich die Armut in der Welt immer noch weiter aus, auf der anderen Seite verfügt eine Minderheit von Menschen über einen Reichtum, den man nur noch in der Wirtschaftsleistung Dutzender kleiner Länder messen kann.

Wie kommt es zu diesen Widersprüchen? Was sind die Gründe für die problematischen Entwicklungen auf internationaler wie nationaler Ebene? Wie kommt es, dass die Umsätze an den globalen Börsen inzwischen die der realen Wirtschaft um ein Vielfaches übersteigen, dass die Verschuldungen global ständig wachsen und mit ihnen die Diskrepanzen zwischen Nord und Süd, Reich und Arm? Und wie ist es möglich, dass drei Menschen auf der Erde ein Vermögen besitzen, das die gesamte Wirtschaftsleistung von 600 Millionen Menschen in den 35 ärmsten Ländern übersteigt? Und wie kommt es innerhalb der einzelnen Länder, trotz der ständigen Zunahme der Wirtschaftsleistung und trotz der Eskalation der Geldvermögen, zu den bedrohlich wachsenden ökonomischen und sozialen Problemen? Wie kommt es, dass Städte und Gemeinden vor dreißig Jahren Schulen, Schwimmbäder, Kindergärten und Bibliotheken schaffen konnten, dass sie aber heute oft nicht mehr in der Lage sind, diese Sozialeinrichtungen zu unterhalten? Wie kommt es, dass die Löcher in den öffentlichen Kassen ständig größer werden, obwohl an allen Ecken und Enden Ausgaben reduziert, Schulden gemacht und oft sogar die ganzen Vermögenswerte verkauft werden - Vermögenswerte, die einmal mit Steuereinnahmen finanziert wurden und damit doch den Bürgern gehören? Was sind die Ursachen und Triebkräfte dieser oft widersprüchlichen und für das Gemeinwohl immer bedrohlicher werdenden Entwicklungen?

Geht man diesen Fragen einmal systematisch nach, sowohl bezogen auf die regionalen als auch nationale und globalen Entwicklungen, dann stößt man immer wieder auf bestimmte Wirkungsmechanismen unserer Geld und Bodenordnung, die nachfolgend dargelegt werden.

1. Problemfeld Geld

Im Geldbereich lassen sich die zunehmenden Probleme besonders deutlich an bestimmten Überentwicklungen darstellen. Von Überentwicklungen spricht man, wenn sich bei Wachstumsprozessen einzelne Teile schneller entwickeln als das Ganze. Wächst zum Beispiel die Lunge oder Leber eines Heranwachsenden schneller als sein gesamter Organismus, dann liegt eine solche Überentwicklung vor. Noch kritischer ist es, wenn sich ein solches Überwachstum einzelner Teile im Erwachsenenalter fortsetzen würde.

¹ Präsident der Deutschen Bundesbank, Davos 1996

Ungebremst muss es den gesamten Organismus mit zunehmenden Komplikationen belasten, bis hin zu Krisen und zum Kollaps.

Dass sich alle Teile eines Ganzen im Gleichschritt miteinander entwickeln sollen, gilt jedoch nicht nur für biologische, sondern ebenso für wirtschaftliche Organismen und Wachstumsvorgänge. Nimmt zum Beispiel in einem Land die Wirtschaftsleistung um einen bestimmten Prozentsatz zu, dann können im gleichen Verhältnis auch alle Einkommen zunehmen. Geht aber eine Einkommensgruppe mit ihren Ansprüchen über dieses Maß hinaus, dann müssen sich die übrigen mit einem geringeren Einkommen begnügen, was zwangsläufig zu Verteilungskonflikten im sozialen Gefüge führen muss. Besonders deutlich lassen sich solche Verteilungskonflikte an den globalen und nationalen Überentwicklungen der Verschuldungen nachvollziehen.

1.1. Das Überwachstum der Schulden

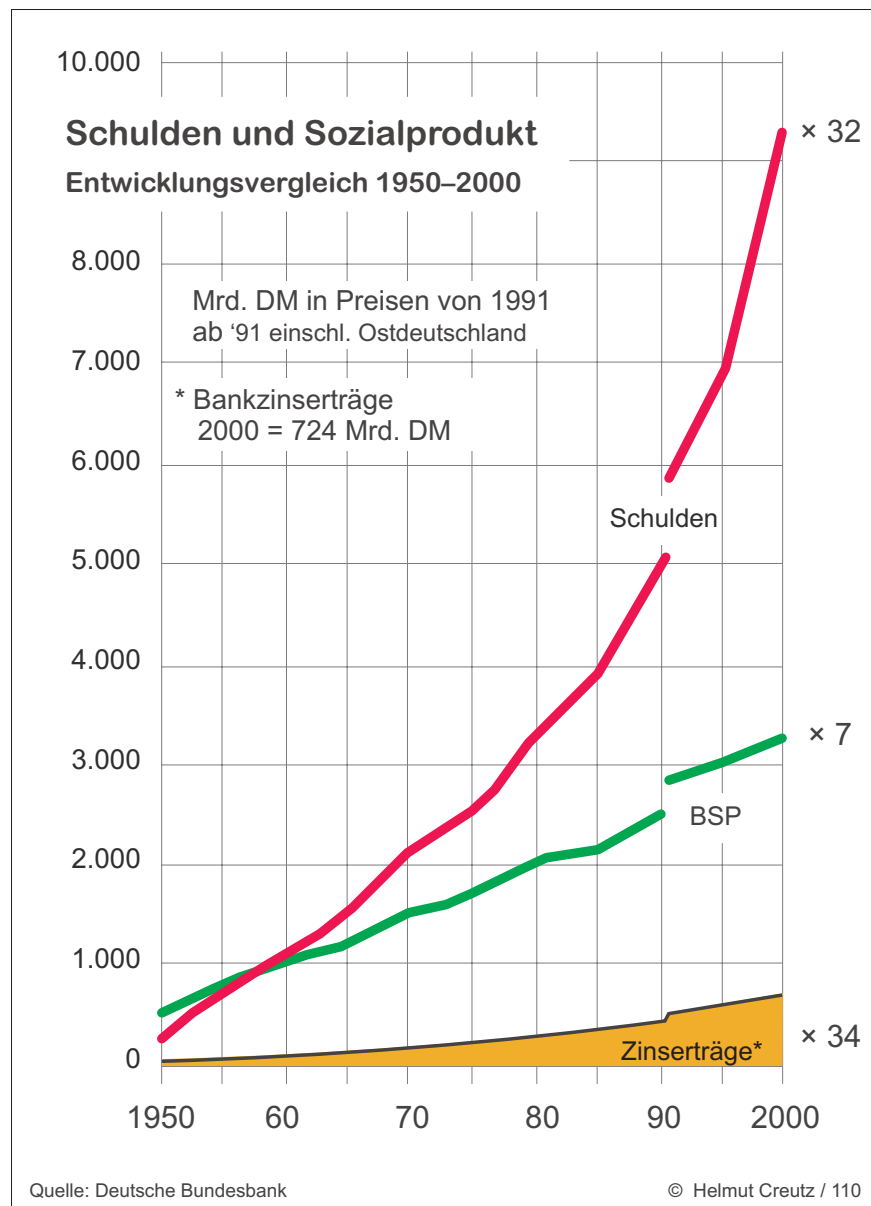
Von Überschuldung spricht man, wenn ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen aus eigener Kraft nicht mehr nachkommen kann. Zu einem Medienthema wurden solche Überschuldungen zum ersten Mal, als in den Jahren 1981/82 die Länder Mexiko und Polen zahlungsunfähig wurden. Nicht beachtet wurde dabei, dass damals bereits die gesamte bundesdeutsche Inlandsverschuldung um ein Mehrfaches höher war als die gesamten Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer. Ebenso wurde nicht thematisiert, dass unser Staat - worauf noch näher eingegangen wird - seine Schulden ebenso mit Neukreditaufnahmen bediente wie das den genannten Schuldenländern damals vorgeworfen wurde.

Welche Größen die bundesdeutschen Gesamtschulden inzwischen erreicht und in welcher Weise sie sich inzwischen von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung entfernt haben, zeigt die *Darstellung 1*. Wie daraus hervorgeht, ist die Leistung unserer Volkswirtschaft in realen (also inflationsbereinigten) Größen von 1950 bis 2000 auf das Siebenfache angestiegen. Das heißt, wir produzieren und verbrauchen heute sieben Mal so viel wie vor 50 Jahren! Fast fünf Mal schneller aber nahm die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft zu, nämlich auf das 32-fache. Das aber bedeutet, dass die Zinsen zur Bedienung dieser im Übermaß wachsenden Schulden aus einem langsamer wachsenden Bruttoinlandsprodukt (BIP) entnommen werden müssen.

Wie die Grafik erkennen lässt, kommt es als Folge dieser unterschiedlichen Entwicklungen zu einer zunehmenden Scherenöffnung zwischen beiden Kurven. So führen immer kleiner werdende Wachstumsraten, bei weitgehend gleich bleibenden absoluten Leistungssteigerungen, zu einem fast linearen Anstieg der Leistungskurve. Während dazu in den 1950er Jahren noch 8,5 Prozent Wirtschaftswachstum erforderlich waren, genügen in unseren Jahren bereits 1,2 Prozent! Die Wachstumskurve der Schulden dagegen steigt, die bei annähernd gleich bleibenden Sätzen von etwa sieben Prozent, mit zunehmender Beschleunigung auf exponentielle Weise an.

In Anbetracht der immer deutlicher werdenden Sättigungserscheinungen in den reichen Industrienationen und den ökologischen Grenzen des Wachstums, hätten wir schon längst zu einer stabilen wachstumsfreien Wirtschaft übergehen müssen, auch um den übrigen Ländern das Aufholen zu erleichtern, vor allem den Ländern auf der Südhalbkugel. Dass wir aber trotz unseres materiellen Überflusses immer noch ein weiteres Wachstum benötigen, liegt an den Überentwicklungen der Schulden, die mit ihren Zinsansprüchen laufend größere Anteile des Volkseinkommens beanspruchen. Wenn diese wachsenden Zinsansprüche nicht zu einem rapiden Rückgang der

übrigen Einkommen führen sollen, ist also eine weiter steigende Wirtschaftsleistung unverzichtbar, auch wenn diese zum Ausgleich immer weniger reicht.



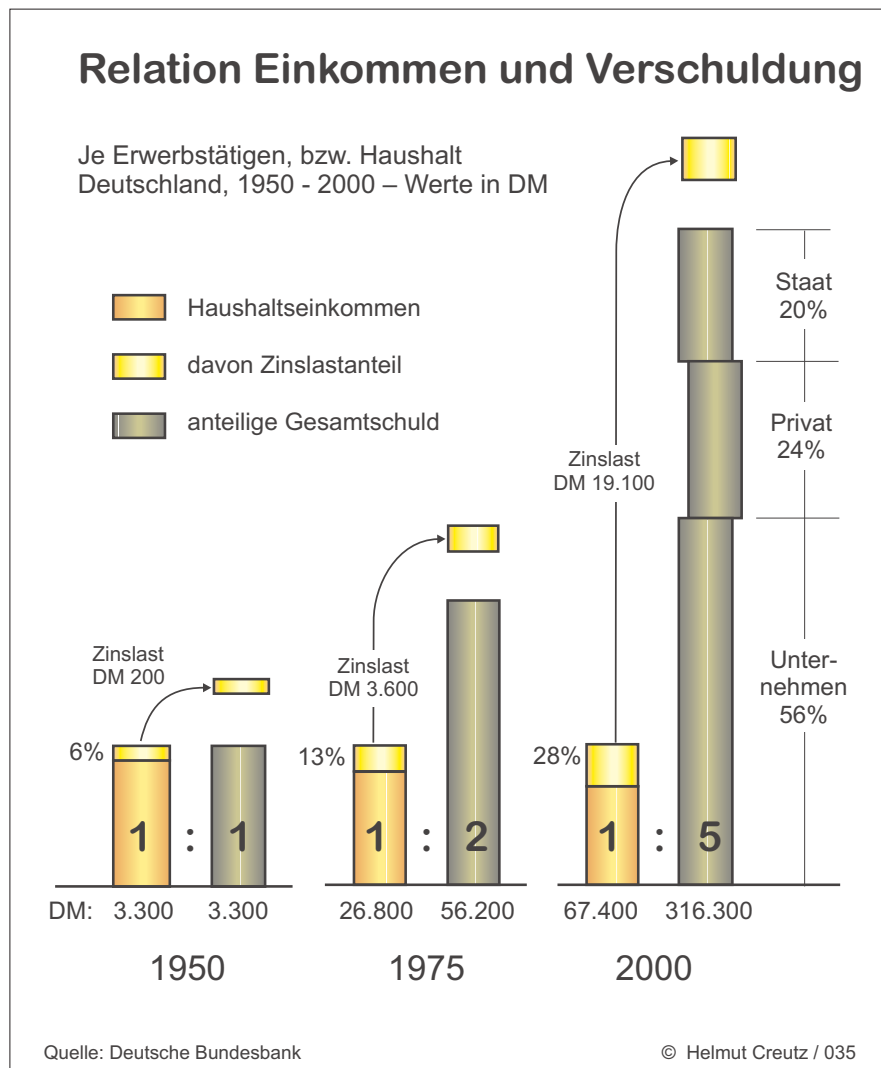
Darstellung 1

1.2. Wie wirkt sich die Überschuldung auf die einzelnen Haushalte aus?

Griffiger werden alle Milliardenbeträge in der Volkswirtschaft, wenn man sie auf die gesamten Haushalte oder Erwerbstätigen umrechnet, deren Zahlen in etwa identisch sind. Diese Umrechnung ist in der *Darstellung 2* vorgenommen worden, bezogen auf die Jahre 1950, 1975 und 2000. Während 1950 der auf jeden Erwerbstätigen bzw. jeden Haushalt entfallende Schuldenanteil noch dem verfügbaren Einkommen entsprach, war er 1975 bereits mehr als doppelt und 2000 fast fünfmal so hoch. Dies geht aus den angeführten nominellen Größen unter den Säulen hervor, die auch den Beschleunigungseffekt der Scherenöffnung erkennen lassen.

Dass diese Entwicklung sich nicht noch über weitere 25 Jahre fortsetzen lässt, macht vor allem die Zunahme der eingetragenen Zinstransfergrößen deutlich! Herangezogen wurden dafür die von der Bundesbank jährlich ausgewiesenen Zinserträge der

Banken, die in etwa mit der schuldenbezogenen Gesamtzinsbelastung gleichgesetzt werden können. Im Jahr 2000 lagen diese Zinslastbeträge bei insgesamt 724 Mrd. DM je Haushalt bzw. Erwerbstätigen die verfügbaren Einkommen bei 2.564 Mrd. DM. Daraus ergibt sich ein Zinslastanteil von 28 Prozent der Haushaltseinkommen. Im Jahr 1975 lag er dagegen erst bei 13 Prozent und 1950 bei nur 6 Prozent. Rechnet man die Zinslastanteile in Arbeitszeiten um, dann musste 1950 jeder Erwerbstätige für diese Zinslasten etwa drei Wochen im Jahr arbeiten, 1975 sieben Wochen und 2000 fast fünfzehn Wochen, also mehr als ein Vierteljahr!

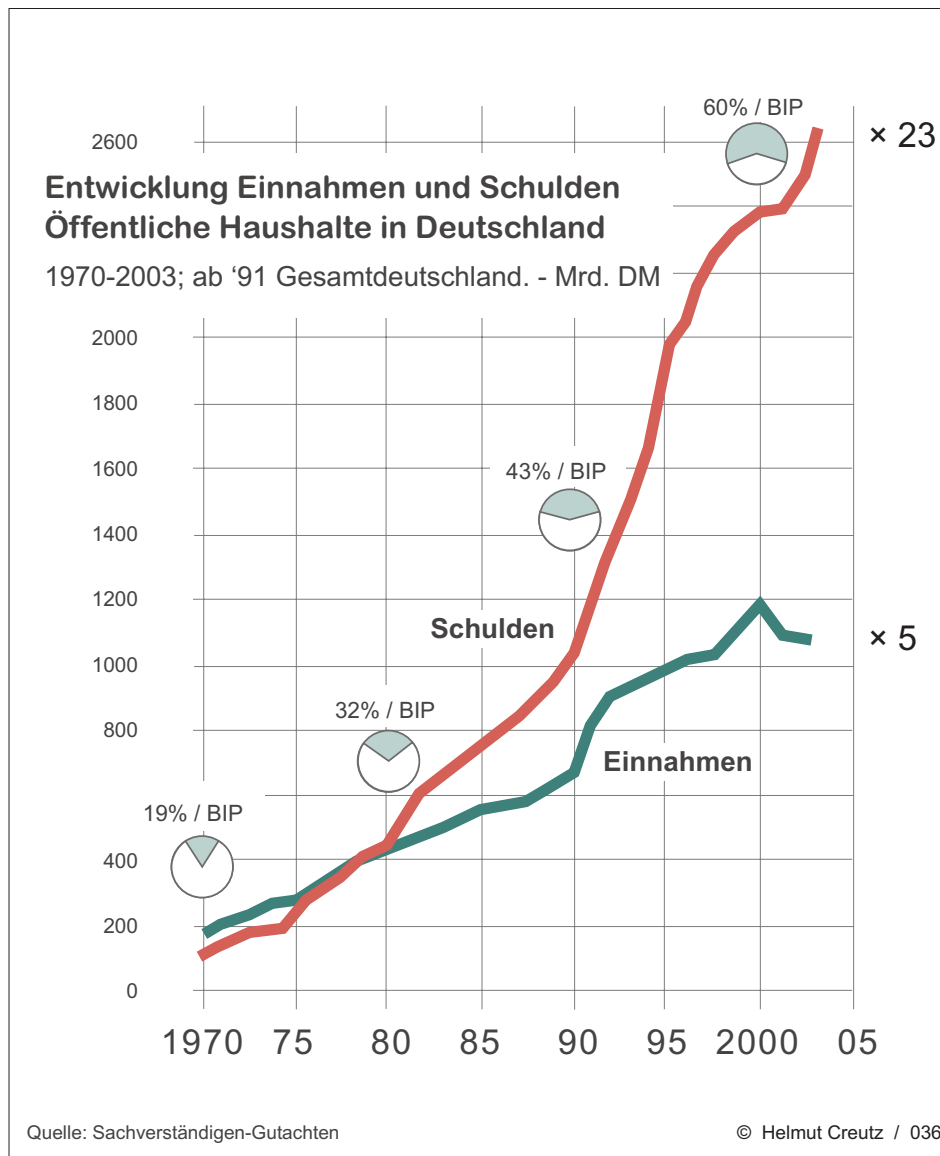


Darstellung 2

Aus der Gliederung der Schuldensäule des Jahres 2000 lässt sich auch die unterschiedliche Verteilung der Schulden auf die drei Wirtschaftssektoren entnehmen, also auf Unternehmen sowie auf öffentliche und private Haushalte. Zu beachten ist, dass unter der Größe "Unternehmen" nur die Kapitalgesellschaften erfasst sind und die Personengesellschaften den Privathaushalten zugerechnet werden. Daraus ergibt sich im Jahr 2000 für die Unternehmen ein Anteil an der Gesamtverschuldung von 56 Prozent, für die Privathaushalte von 24 und für den Staat von 20 Prozent. Während aber die Staatsverschuldungen seit einigen Jahren ins Gerede gekommen sind, vor allem im Zusammenhang mit den Auflagen der Maastrichter Verträge, werden die fast dreimal so hohen Verschuldungen des Unternehmenssektors bislang kaum thematisiert, obwohl

sie maßgeblich verantwortlich sind für die zunehmenden Insolvenzen und Entlassungen in der Wirtschaft. Eher ins Gespräch kommt dagegen die Zahlungsunfähigkeit vieler Privathaushalte, die in den letzten Jahren besonders rasch zunimmt.

1.3. Die Staatsverschuldung in Deutschland



Darstellung 3

Wie sich die gesamten Verschuldungen aller öffentlichen Haushalte im Vergleich zu den gesamten öffentlichen Einnahmen seit 1970 entwickelt haben, geht aus der *Darstellung 3* hervor. Hier zeichnet sich eine ähnliche Scherenöffnung ab wie zwischen der gesamtwirtschaftlichen Verschuldung und dem Bruttoinlandsprodukt in der *Darstellung 1*. Während darin jedoch die Überschneidung und Scherenöffnung der Kurven bereits seit 1960 zu registrieren ist, setzt sie bei den öffentlichen Haushalten erst Anfang der 1970er Jahre ein, genauer 1973, im Zuge der ersten größeren Hochzinsphase und des daraus resultierenden ersten Konjunkturreinbruchs mit rückläufigen Staatseinnahmen bei steigenden Sozialausgaben.

Anfang der 1990er Jahre kam es im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zu einer besonders deutlichen Beschleunigung dieses Verschuldungsanstiegs, dem allerdings

auch ein deutlicher Schub bei den Staatseinnahmen gegenüber stand. Allerdings ist der Schuldenauftrieb keinesfalls allein auf die Vereinigung zurückzuführen, sondern in einem noch stärkeren Maße auf die Hochzinsphase 1988-92. Das beweist auch der Tatbestand, dass in den übrigen G7-Ländern, mit Ausnahme der USA, die öffentlichen Schulden von 1990 bis 1995 noch stärker anstiegen als in Deutschland. Während hier der Anstieg in Prozenten des BIP bei 14 Prozent lag, betrug er im Durchschnitt der fünf anderen G7-Länder (also ohne USA) mehr als 20 Prozent.

Betrachtet man die Entwicklungen in Deutschland über den dargestellten Zeitraum von 30 Jahren, dann nahmen die öffentlichen Schulden nominal auf das 19-fache zu, die öffentlichen Einnahmen aber nur auf das 6,4-fache. Das heißt, die Schulden des Staates wuchsen dreimal so schnell wie die Staatseinnahmen. Der sich daraus ergebende jeweilige Verschuldungsgrad gemessen an der Wirtschaftsleistung geht aus den Kreisdarstellungen hervor.

1.4. Die Entwicklungen der öffentlichen Zinslasten

Noch alarmierender als die Entwicklung der öffentlichen Schulden ist aber die Entwicklung der damit verbundenen Zinslasten. In der *Darstellung 4* sind sie mit ihren jährlichen Größen als Kurve wiedergegeben und den jährlichen Neuverschuldungen in Höhe der Nettokreditaufnahmen gegenüber gestellt, die mal über und mal unter den gezahlten Zinsbeträgen liegen. Wie schon optisch erkennbar, müssen sich damit beide Größen in den erfassten 30 Jahren auf etwa die gleichen Summen addieren. Das aber heißt, dass die gesamten Neukreditaufnahmen (und damit praktisch auch die gesamten in diesen 30 Jahren hinzu gekommenen öffentlichen Verschuldungen in Höhe von rund 2.000 Mrd. DM) nur für den Zinsendienst aufgewendet worden sind! Sie konnten also zu keinerlei Investitionen oder anderen sinnvollen Ausgaben genutzt werden!

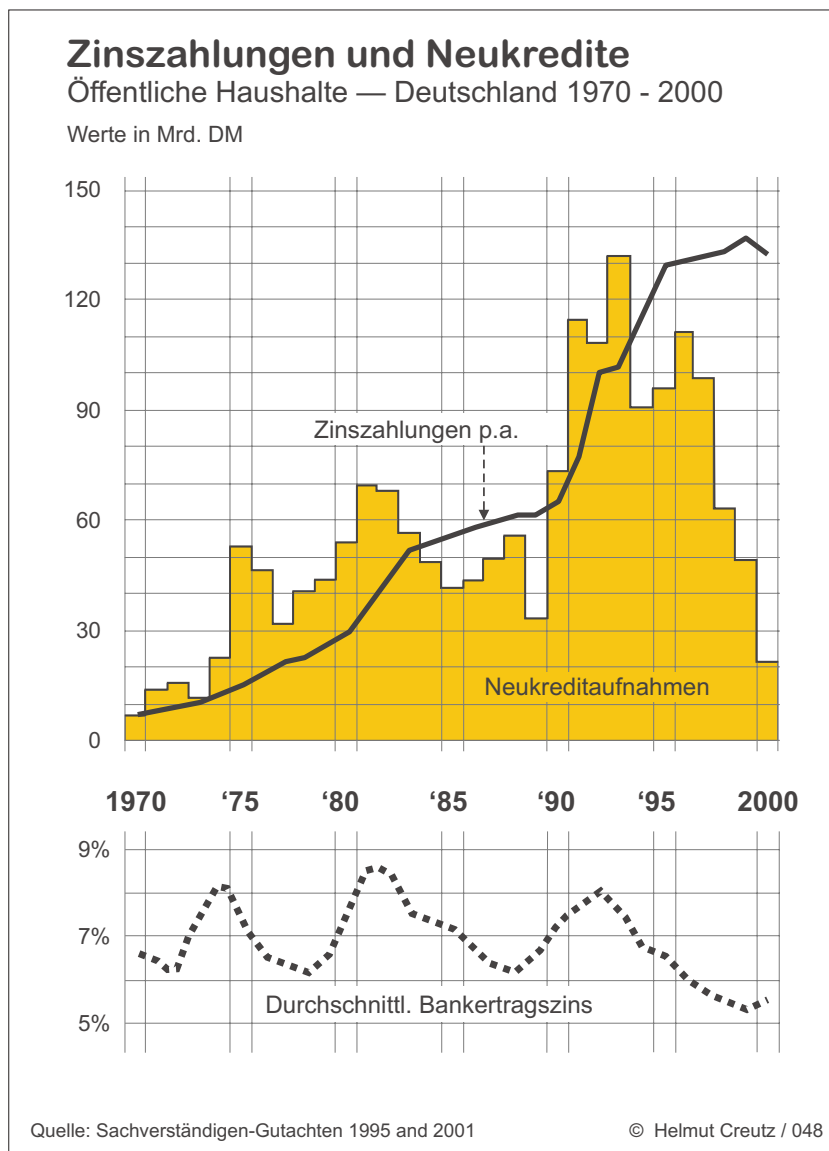
Diesen Tatbestand beklagte Ende 1998 sogar der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, auf einem Schulden-Symposium in Berlin, über das die Wochenzeitung DIE ZEIT ausführlich berichtete: ²

"In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genau so viel ausgegeben wie bisher,... weil die Kreditaufnahmen für die Zinsausgaben verbraucht wurden."

Die Redaktion der Wochenzeitung fasste diesen Tatbestand und die daraus resultierenden Konsequenzen in ihrer Überschrift noch kürzer zusammen:

"Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern - auf Kosten der Generationen von morgen."

² DIE ZEIT, Ausgabe vom 14. Januar 1999



Darstellung 4

Bedenkt man, dass die jährlichen staatlichen Zinszahlungen inzwischen eine Größenordnung von 130 Mrd DM bzw. 67 Mrd Euro beanspruchen und dass es bei den Haushaltslücken und oft monatelang diskutierten Einsparungszwängen nur um Bruchteile dieser Summe geht, dann wird deutlich, in welche Sackgasse sich der Staat hinein manövriert hat!

1.5. Ursachen der Überschuldung

Schulden aufnehmen kann man immer nur bei jemandem, der Geld übrig hat, also bei den Besitzern von Einkommensüberschüssen und daraus resultierenden Geldvermögen. Während sich diese Geldvermögen ursprünglich durch Rücklagen aus Arbeitseinkünften ansammelten, wachsen sie inzwischen überwiegend "von allein" an, sprich: durch die Zinsgutschriften auf die bereits vorhandenen Vermögen. Sogar die Deutsche Bundesbank hat schon vor zehn Jahren von der "Selbstalimentation der Geldvermögen" geschrieben und ermittelt, dass die Zinsgutschriften auf den Konten der Privathaushalte damals bereits bei 80% der Neuersparnisse lagen.³

³ Bundesbank-Monatsbericht Oktober 1993

Diese sich aus den Zinsgutschriften ergebende ständige, weitgehend automatische Zunahme der Geldvermögen *ermöglicht* jedoch nicht nur eine ständige Ausweitung der Kreditaufnahmen, sondern sie *erzwingt* sie auch. Denn ohne die regelmäßige Rückführung der sich laufend ansammelnden überschüssigen Einkommen würde es in der Wirtschaft an Geld fehlen. Das wiederum würde zu Unterbrechungen des Nachfragekreislaufs führen, mit rezessiven und möglicherweise sogar deflationären Folgen. Deshalb *können* in jeder Volkswirtschaft nicht nur die Einkommensüberschüsse über Kreditaufnahmen in die Nachfrage zurückgeführt werden, sondern sie *müssen* auf diese Weise reaktiviert werden, wenn schwerwiegende negative Folgen für die Wirtschaft vermieden werden sollen.

Dass bei dieser notwendigen Rückführung der Einkommensüberschüsse der Staat in einer besonderen Verantwortung steht und notfalls sogar als Kreditnehmer einspringen muss, hat der Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Pohl, lange Zeit Mitglied des Sachverständigenrats, einmal bestätigt: ⁴

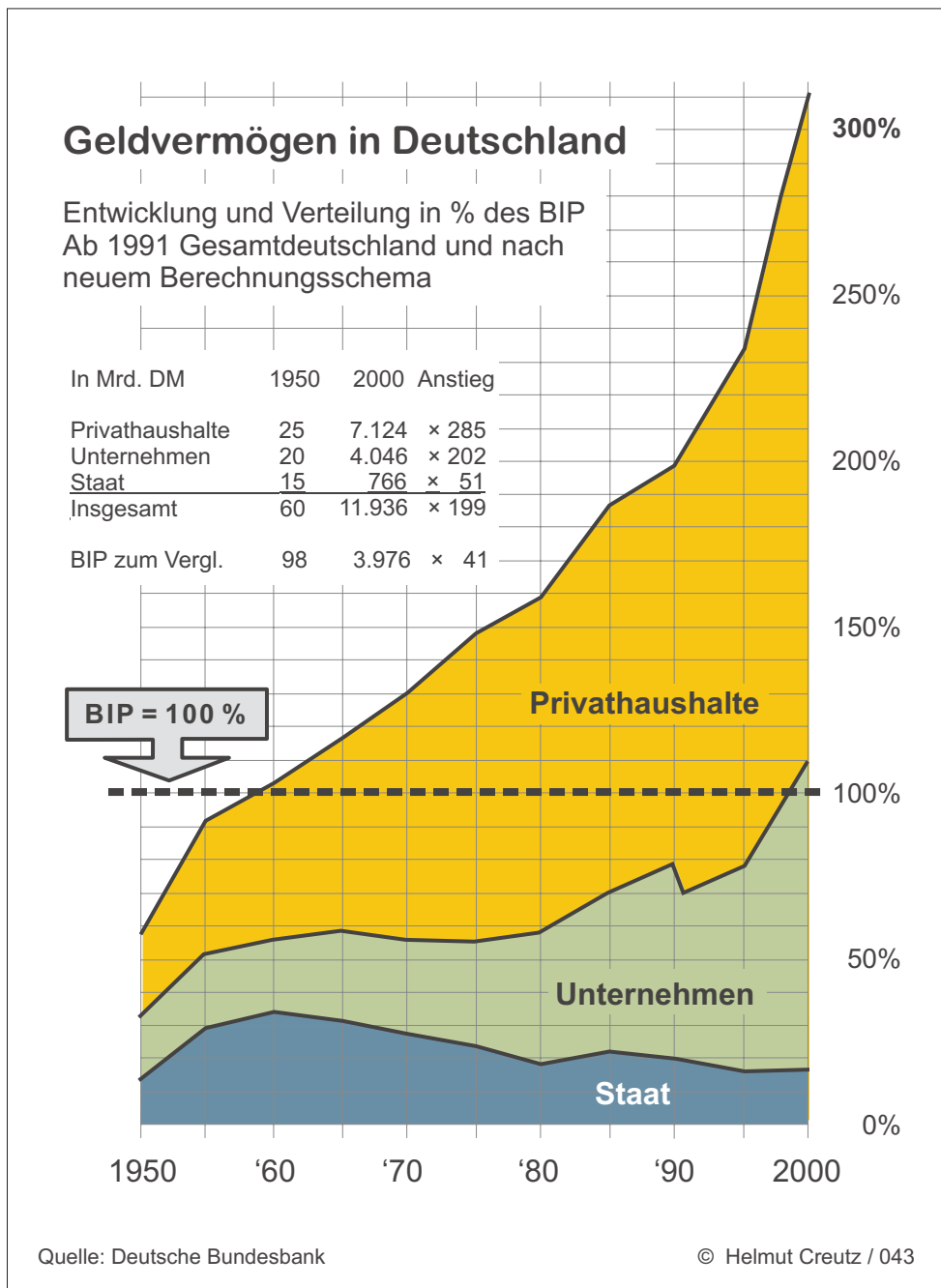
"Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn... das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt anstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde."

Zieht sich der Staat, wie zunehmend praktiziert, aus dieser Neuverschuldungspflicht zurück, dann müssen andere an seine Stelle treten. Da aber auch die Unternehmen nicht mehr so hohe Kreditaufnahmen benötigen, können dies - wie z.B. in den USA der Fall - nur noch die Privathaushalte sein. Ansonsten müssen im In- oder Ausland alternative Absatzwege für die Geldvermögensüberschüsse gefunden werden, zur Not auch in Form von Börsen-, Boden- oder anderen Spekulationen oder durch den Kauf vorhandener Immobilien, Unternehmen oder Versorgungseinrichtungen. vor allem aus öffentlicher Hand.

1.6. Die Überentwicklungen der Geldvermögen

Wie sich die Geldvermögen in Deutschland seit 1950 entwickelt haben und in welchen Händen sie sich befinden, zeigt die *Darstellung 5*. In ihr sind die Geldvermögensbestände, verteilt auf die drei Wirtschaftssektoren, in Prozenten des BIP und damit in Relation zum Sozialprodukt aufgetragen.

⁴ DIE ZEIT, Ausgabe vom 11. Dezember 1987



Darstellung 5

Demnach entfielen 1950 auf jede Mark Sozialprodukt insgesamt 60 Prozent gleich 60 Pfennige Geldvermögen, 1975 bereits 150 Pfennige und Ende 2000 sogar 300 Pfennige, also das Fünffache von 1950!

Betrachtet man die Verteilung der Geldvermögen, dann waren die drei Sektoren Anfang der 1950er Jahre, grob gerechnet, jeweils noch mit etwa einem Drittel daran beteiligt. Bis 1960 nahm sogar der Staat besonders deutlich am Wachstum der Geldvermögen teil, stärker sogar als die Unternehmen. Ab 1960 konzentrierte sich dann jedoch der weitere Zuwachs vor allem bei den privaten Haushalten, um sich ab 1980 mehr zu den Unternehmen zu verlagern.

Im Gegensatz zu den Reichtumszuwächsen der Privathaushalte und Unternehmen wurde der Staat ab 1960 relativ immer ärmer. Sein Anteil lag im Jahr 2000 nur noch bei 6 Prozent der gesamten Geldvermögen, während die Unternehmen 34 und die Privathaushalte 60 Prozent in Besitz hatten. (Der Einschnitt bei den unternehmerischen

Geldvermögen im Jahr 1991 hängt mit dem bereits erwähnten europaweiten Verrechnungsmodus zusammen, nach dem die Personengesellschaften den Privathaushalten zugeschlagen wurden.)

Was die Konzentration der Geldvermögen bei den Privathaushalten betrifft, so ist es in einer Demokratie grundsätzlich richtig, wenn sich der Reichtum in erster Linie bei den Bürgern ansammelt, die ihn ja auch erarbeiten. Das Problem liegt jedoch darin, dass sich innerhalb des Reichtums der Bürger immer größere soziale Diskrepanzen aufbauen, deren Ausgleich wir im allgemeinen immer noch vom Staat erwarten. Der aber sitzt inzwischen selbst in der Schuldenfalle. Außerdem gelingt es dem Staat immer weniger, auf den sich global verflüchtigenden Geldreichtum steuerlich zurück zu greifen. Umso mehr belastet er dann die Arbeitenden, die sich der Steuerzahlungs- und Abgabepflicht nicht so leicht entziehen können. Es sei denn, die Gewerkschaften würden für die Arbeitnehmer Lohnkonten in Luxemburg oder auf den Bahamas durchsetzen.

1.7. Die Entwicklungsunterschiede bei den Zuwachsraten

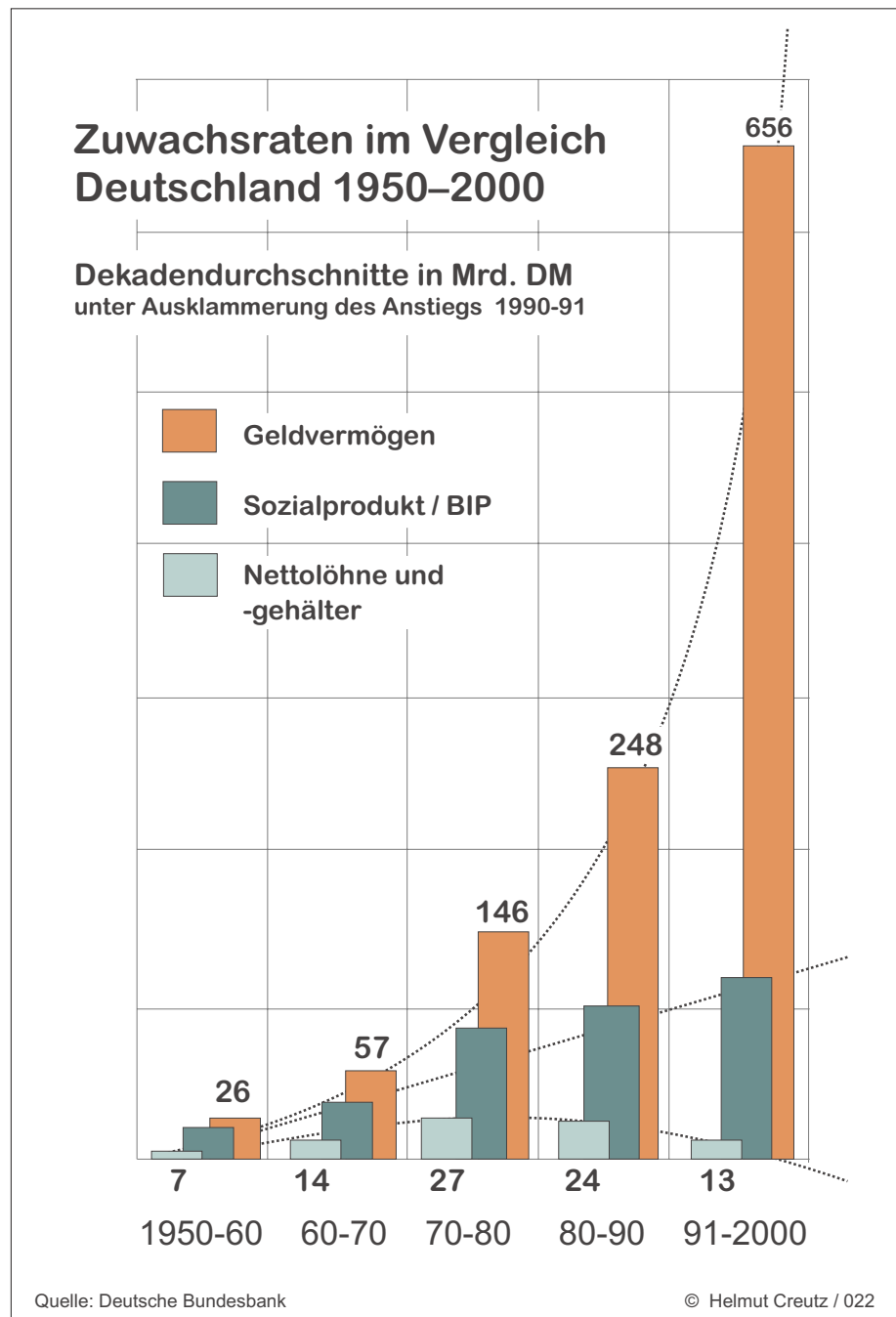
In welchem Tempo die monetären und realen Größen in unserem Land inzwischen auseinander driften, zeigt sich besonders deutlich, wenn man die jeweiligen jährlichen Zuwachsraten im Zeitverlauf miteinander vergleicht. Dies geschieht, bezogen auf Sozialprodukt, Nettolöhne und Geldvermögen, in *Darstellung 6*, jeweils in nominellen Jahresdurchschnittswerten für die einzelnen Dekaden.

Sieht man von dem Überanstieg des Bruttoinlandprodukts in den 1970er Jahren ab, dann nahm die Wirtschaftsleistung in den fünf Dekaden relativ gleichmäßig zu. Die Zunahmen der Nettolöhnen und -gehälter gingen jedoch in den 1980er und 1990er Jahren bereits deutlich zurück und schmolzen in den 1990er Jahren auf ein Minimum zusammen. Die Zuwächse der Geldvermögen dagegen stiegen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer explosiver an.

Diese zunehmende Kluft zwischen den Größen erkennt man besonders gut, wenn man die Verteilungsrelationen zwischen Löhnen, BIP und Geldvermögen vergleicht. Während diese in den 1950er Jahren noch bei 1:3:4 lagen, drifteten sie bis in die 1990er Jahre auf 1:8:20 auseinander. Entsprechend nahmen auch die mit den Geldvermögen verbundenen Zinseinnahmen überproportional zu. Aufgrund der damit verbundenen Kaufkraftverlagerungen sind aber die Arbeitnehmer immer weniger in der Lage, die von ihnen zusätzlich produzierten Güter und Leistungen auch selbst nachzufragen! Umgekehrt trifft die den Geldvermögenden verstärkt zufließende Kaufkraft immer mehr auf "Kassen ohne Bedarf"⁵, so dass der Geldkreislauf nur durch einen verstärkten Rückfluss dieser überschüssigen Einkünfte über weitere Kreditausweitungen geschlossen werden kann. Damit aber beschleunigen sich zwangsläufig wiederum die gesamten Problementwicklungen.

Rechnet man die durchschnittlichen Geldvermögenszuwächse, die in den 1990er Jahren bei 656 Mrd DM im Jahr lagen, einmal auf die Kalendertage um, dann ergibt sich eine durchschnittliche Vermehrung der Geldvermögen von täglich rund 1,8 Milliarden DM. Das heißt, zur Rückführung der in diesen Vermögenszuwächsen gebundenen Kaufkraft mussten täglich auch neue Kreditnehmer für etwa 1,8 Mrd DM gefunden und möglichst in gleicher Höhe auch Investitionen getätigt oder vorhandene Sachwerte erworben werden, nicht zuletzt zur dinglichen Absicherung dieser Kredite!

⁵ Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert, Frankfurt 1983



Darstellung 6

1.8. Weitere problematische Folgen der monetären Überentwicklungen

Schon dieses ständige Überwachstum der Geldvermögen, das in den 1990er Jahren bei jährlich 8% lag, müsste eigentlich jeden Menschen aufmerken lassen, der einmal etwas von der Zinseszinsrechnung gehört hat. Denn aus einer solchen Wachstumsrate von 8% resultiert in etwa neun Jahren eine Verdoppelung der Ausgangsgröße, in 18 Jahren eine Vervierfachung und in 27 Jahren eine Verachtfachung! Und diese zinseszinsbedingt explosiv anwachsenden Geldvermögen müssen aus einer Wirtschaftsleistung bedient werden, deren Wachstum immer deutlicher zurück bleibt!

Da sich diese steigenden Zinsendienste letztlich als Kosten in allen Preisen, Steuern und Abgaben niederschlagen, müssen am Ende der Kette die Endverbraucher/innen mit jeder ausgegebenen Mark diese Kosten tragen. Allein die Zinserträge der Banken,

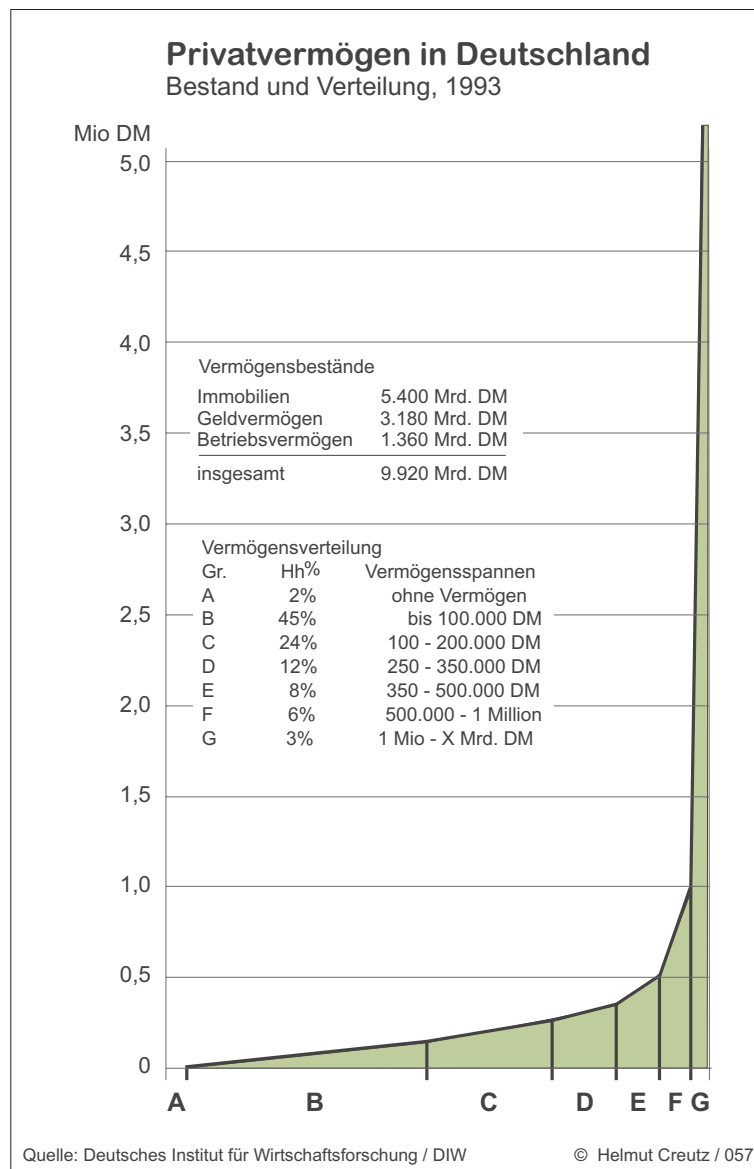
die für 2000 von der Deutschen Bundesbank mit 724 Mrd Euro ausgewiesen wurden, ergaben, wie in der *Darstellung 2* gezeigt, im gleichen Jahr auf jede Einkommensmark 28 Pfennige, also 28 Prozent! Jedoch sind dies nur die Zinsen für die Schulden und damit für das verschuldete Sachvermögen. Da jedoch etwa ein Drittel des gesamten in der Wirtschaft eingesetzten Sachvermögens als schuldenfrei anzusetzen ist, muss für die Zinsbedienung dieses schuldenfreien Anteils noch einmal etwa die Hälfte der Schuldzinslasten hinzu gerechnet werden. Das heißt, insgesamt entfallen inzwischen auf jede eingenommene Mark bzw. jeden eingenommenen Euro Zinslasten in Höhe von rund 42 Prozent. Bezogen auf alle Haushaltsausgaben, die nach Abzug der Ersparnisse von den verfügbaren Einkommen übrig bleiben, sind es rechnerisch sogar 46 Prozent, auch wenn ein Teil dieses Betrages außerhalb der Ausgaben, z.B. über Steuern, eingezogen wird. Oder anders ausgedrückt: Da alle Kosten, auch die Zinskosten, direkt oder indirekt in die Endpreise eingehen, zahlt man auch, direkt oder indirekt, mit allen Ausgaben fast die Hälfte für die Zinsen. In den Preisen besonders kapitalintensiver Güter, z.B. bei Mieten oder Raffinerieprodukten, liegen die Zinsanteile sogar bei 60 bis 80%!

Besonders einfach lässt sich diese Zinsbelastung bei den Mieten überprüfen. Geht man von Bau- und Grundstückskosten je qm Wohnfläche von 1200 Euro aus, ergibt sich bei einer Verzinsung von 5 Prozent für jeden Quadratmeter eine jährliche Zinslast von 60 Euro, die im Monat mit 5 Euro zu Buche schlägt. Zusammen mit den übrigen Kosten des Objekts, vor allem Abschreibung und Erhaltung, ergibt sich dann eine Miete von etwa 7 Euro pro Quadratmeter und damit ein Zinsanteil in der Miete von 71 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass mit dieser Zinslastrechnung nur die im Zuge der Baufinanzierung anfallenden Zinskosten erfasst werden, nicht aber diejenigen, die bereits in allen Materialien und sonstigen Bau-Vorleistungen Kosten treibend eingegangen sind!

1.9. Verteilung der Zinseinkommen

Natürlich fließen die mit allen Ausgaben in den Zinsmonopoly-Topf gezahlten Zinsen weitgehend auch wieder, direkt oder indirekt, an die Haushalte zurück. Aber der Schlüssel für diese Rücktransfers sind nicht die Einkommen bzw. die Ausgaben der Haushalte, sondern deren verzinsliche Vermögenswerte. Da deren Verteilung aber viel extremer und progressiver ansteigt als die Einkommen und noch deutlicher als die Ausgaben, konzentrieren sich die Zinseinkünfte, netto gerechnet, immer mehr bei einer Minderheit.

Wie extrem diese Verteilung der Privatvermögen in Deutschland inzwischen ist, geht aus der *Darstellung 7* und den darin angeführten Tabellen hervor. Danach verfügt die ärmere Hälfte der Haushalte über kaum zehn Prozent der Vermögenswerte, das wohlhabende Zehntel dagegen über mehr als die Hälfte.



Darstellung 7

Würde man bei den Haushaltsgruppen die selbst genutzten und damit keine Zinsen erbringenden Immobilien herausziehen, wären die Verteilungsdiskrepanzen noch wesentlich krasser. Das zeigen auch Verteilungsrechnungen, die alle fünf Jahre mit den Einkommens- und Verwendungs-Stichprobenerhebungen ermittelt werden. Danach entfallen auf die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur vier Prozent der gesamten Geldvermögen und auf die reichere Hälfte 96 Prozent. Aber auch in dieser reicheren Hälfte konzentriert sich das Gros dieser 96 Prozent wiederum bei den reichsten ein bis zwei Prozent der Gesamthaushalte. Und noch krasser als die Verteilung bei den Geldvermögen ist diese Konzentration bei den Betriebs- und Sachvermögen!

1.10. Wer ist Gewinner, wer Verlierer bei der Umverteilung?

Wer feststellen will, ob sein eigener Haushalt bei dieser zinsbedingten Umverteilung Gewinner oder Verlierer ist, braucht nur die geleisteten Einzahlungen in den Zins-Umverteilungstopf, die er insgesamt mit etwa 46 Prozent seiner Jahresausgaben ansetzen muss, mit seinen eigenen Zinseinnahmen zu vergleichen.

Geht man von den durchschnittlichen Ausgaben eines Haushalts bzw. Erwerbstätigen, die im Jahr 2000 bei durchschnittlich 60.600 DM bzw. 31.000 Euro lagen, dann ergab sich für jeden Haushalt bzw. Erwerbstätigen eine rechnerische Zinslast von rund 28.000 DM oder 14.300 Euro. Will dieser Durchschnittshaushalt diese anteilig getragenen Zinslasten durch eigene Zinseinnahmen ausgleichen, müsste er, bei einer angenommenen Durchschnittsverzinsung von 4%, über ein zinsbringendes Vermögen von etwa 700.000 DM bzw. 358.000 Euro verfügen. Daraus ergibt sich als Faustregel: Ein Haushalt muss zum Ausgleich seiner Zinslasten ein zinsbringendes Vermögen besitzen, das etwa dem Zehn- bis Zwölffachen seiner jährlichen Haushaltsausgaben entspricht! Teilt man die Haushalte ihren Einkommen entsprechend in zehn Gruppen auf, dann trifft diese Faustregel nur für die neunte Haushaltgruppe zu. Bei den acht ersten Gruppen ist der Zinssaldo dagegen negativ und nur bei der zehnten Gruppe positiv. Das heißt, im Zuge der sich auf alle verteilenden Zinslast- und Zinseinkommensströme gewinnt dieses reichste Zehntel per saldo genau jene Summe hinzu, welche die acht ärmeren Zehntel per Saldo verlieren!

Tagtäglich werden auf diese Weise in Deutschland netto etwa 300 bis 350 Millionen Euro von der Mehrheit der Haushalte zu einer immer reicher werdenden Minderheit umverteilt. Und bei dieser Umverteilung sind diejenigen Haushalte die relativ größten Verlierer, die über keine oder nur geringe zinsbringende Vermögenswerte verfügen!

Obwohl bei uns immer wieder davon die Rede ist, dass vor allem die Leistung belohnt werden soll, fließen also in Wirklichkeit die größten Einkommen in die entgegengesetzte Richtung, genauer: von der überwiegend von Arbeit lebenden Bevölkerungsmehrheit zu der überwiegend von Besitz lebenden Bevölkerungsminderheit. Damit erklären sich auch die zunehmenden Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, bis hin zu der inzwischen wieder Schlagzeilen machenden "Neuen Armut".

Aber nicht nur diese sozialen Folgen unseres monetären Systems bedrohen den Frieden in unseren Gesellschaften und auch jenen in der Welt, sondern ebenfalls die damit zunehmenden ökologischen Folgen. Denn als einzige Antwort auf die wachsenden Verschuldungen und Vermögensdiskrepanzen kennen Politik, Unternehmer (und leider auch die meisten Wirtschaftswissenschaftler!) immer nur den Ruf nach Wachstum, da es nur bei ständigen Leistungssteigerungen möglich ist, die größten sozialen Spannungen etwas zu entschärfen, auch wenn das von Jahr zu Jahr weniger gelingt.

Auch der einzelne Schuldner, ob Privatmann oder Unternehmer, kann immer nur versuchen, die von ihm aufzubringende steigende Belastung durch Leistungssteigerungen auszugleichen. Deshalb auch der ständige Wachstumsdruck innerhalb der Gesellschaft, der sich z.B. in immer größeren Werbeorgien niederschlägt. Selbst die Gewerkschaften stimmen in den Chor der Wachstumsanbeter mit ein, obwohl es uns eigentlich, nach den Gesetzen der Logik, bei *gleich bleibender* Leistung, also auch ohne jedes Wachstum, niemals schlechter gehen dürfte als im Jahr zuvor!

Was bei aller Wachstumseuphorie meist auf der Strecke bleibt, ist die Einsicht, dass wirtschaftliches Wachstum, wie wir es heute messen, nicht ohne zusätzlichen Verbrauch von Ressourcen und Belastungen der Umwelt zu realisieren ist. Ganz besonders, wenn sich an diesem Wettlauf um Wachstumsraten auch noch die führenden Industrienationen beteiligen, deren materieller Vorsprung gegenüber der übrigen Welt schon heute viel zu groß geworden ist.

1.11. Die ökonomischen Folgen, vor allem für die Beschäftigung

Auch auf die Beschäftigungsprobleme haben die Verantwortlichen, ob Unternehmer, Politiker und Gewerkschaftler, immer nur eine Antwort: Wachstum! Niemand aber stellt die Frage, warum es in einer weitgehend gesättigten und partiell übersättigten Volkswirtschaft, in der neue Produkte nur noch mit Millionenaufwand in den Markt gepusht werden können, überhaupt noch Wachstum geben muss. Denn wenn in einer normal funktionierenden Volkswirtschaft auf Grund nachlassender Nachfrage und dennoch weiter steigender Produktivität der Bedarf an Arbeit zurückgeht, dann kann doch die richtige Antwort nur eine Verringerung der allgemeinen Beschäftigungszeiten sein, nicht aber, wie heute die Regel, eine Verringerung der Beschäftigtenzahlen!

Wie es in der Realität einer kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft mit der Beschäftigung aussieht und in welchem Maße Konjunktur und Arbeitslosigkeit auf Zinsschwankungen reagieren, geht aus der *Darstellung 8* hervor. Langfristig betrachtet ist die Arbeitslosigkeit seit Anfang der 1970er Jahre fast linear angestiegen. Dieser Anstieg verlief aber nicht kontinuierlich, sondern, wie der Grafik zu entnehmen, in drei Schüben im Abstand von sieben bis zehn Jahren.

Betrachtet man die im unteren Teil der Darstellung separat eingetragenen Zinskurven, vor allem die der durchschnittlichen Verzinsung des Bank-Geschäftsvolumens, die weitgehend der Zinsbelastung der Wirtschaft entspricht, dann wird erkennbar, dass diese drei schubweisen Anstiege der Arbeitslosigkeit jeweils den Anstiegen der Zinssätze folgten. Auch in der Kurve oberhalb der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, in der die Bankzinserträge in Milliarden-DM-Beträgen angegeben sind, wird der Vorauf der Zinslastanstiege erkennbar, wenn auch - aufgrund der Laufzeitüberlappungen der Kredite, in abgeschwächter Form.

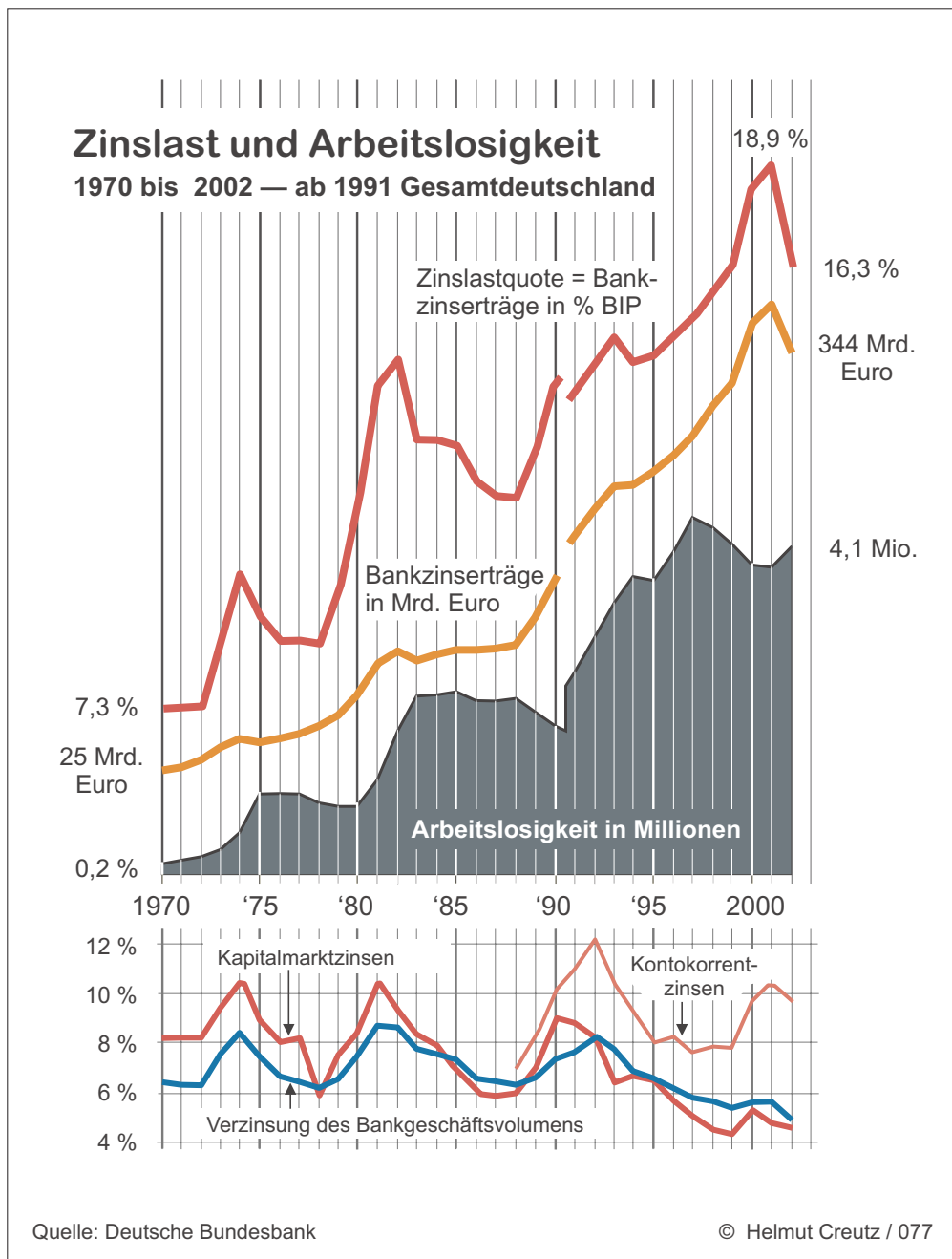
Betrachtet man diese Kurve der Bankzinserträge in Milliarden DM einmal genauer, zeigt sich, dass sie in den dargestellten 30 Jahren von 49 auf 724 Mrd DM und damit auf das Fünfzehnfache angestiegen sind. Die nominellen Wirtschaftsleistungen haben im gleichen Zeitraum "nur" auf das Sechsfache zugenommen. Und um welche Größenordnungen es sich bei diesen Bankzinserträgen bzw. Kreditzinsbelastungen der Volkswirtschaft inzwischen handelt, zeigt sich daran, dass die 724 Mrd DM im Jahr 2000 bereits 66 Prozent der Nettolöhne und -gehälter bzw. 79 Prozent der Steuereinnahmen, 140 Prozent des Bundeshaushalts oder dem Dreifachen der viel diskutierten Kosten der Krankenversicherungen entsprachen! Und die drei Phasen, in denen sich die Zinslasten jeweils rund verdoppelten, konzentrierten sich, wie die Grafik erkennen lässt, mit geringer Verzögerung jeweils auf die Zeiten der Zinssatzanstiege!

Dass diese Bankzinserträge nach dem Ende der Zinssatzsteigerungen nicht wieder auf den alten Stand zurück fielen, sondern jeweils nur kurz stagnierten, hängt mit dem weiteren übermäßigen Anstieg der Geldvermögen/Schulden zusammen, der die Entlastung durch die Zinssatzsenkungen kompensierte bzw. sogar zunehmend überkompensierte. Und je höher und rascher die Geldvermögen/Schulden zunehmen, umso gravierender schlagen alle Zinssatzanstiege zu Buche und umso weniger die Zinssatzsenkungen. Das zeigt sich besonders deutlich in dem Zeitraum 1995 bis 2000, in dem die Bankzinserträge weiterhin anstiegen, obwohl die Zinssätze auf einen historischen Tiefststand sanken.

Welche Wirkung unter diesen Umständen selbst geringe Zinserhöhungen haben, zeigte sich im Jahr 2000: Der geringe Anstieg der durchschnittlichen Bankzinssätze von nur einem Prozentpunkt ließ die Bankzinserträge um 92 Milliarden DM ansteigen, innerhalb eines Jahres also um rund 15 Prozent! Man stelle sich die Schlagzeilen in den

Medien vor, wenn in einem Jahr einmal die Löhne, Steuern oder die Ausgaben des Bundes um 15 Prozent ansteigen würden! Vor allem aber stelle man sich einmal vor, zu welchen Kostenexplosionen es bei den heutigen Schuldengrößen kommen würde, wenn die Zinssätze noch einmal wie in den letzten Hochzinsphasen auf neun oder zehn Prozent ansteigen würden!

Unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbelebung könnte es als falsch erscheinen, die Staatsverschuldung nicht zu erhöhen und die Inflation gering zu halten. Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen Gegebenheiten ist dies dennoch dringend erforderlich. Eine lockere Verschuldungs- und Geldpolitik könnte zwar eine kurzfristige Konjunkturbelebung bewirken, aber der ihr folgende Inflationsanstieg, der entsprechend die Zinssätze und -lasten in die Höhe treibt, könnte für die Wirtschaft tödlich sein!



Darstellung 8

1.12. Die Veränderungen der Zinslastquote

Noch deutlicher als die Kurve der Bankzinserträge in Milliarden DM wird die Beziehung zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der obersten Kurve der *Darstellung 8* erkennbar, in der die Bankzinserträge in Prozenten des BIP umgerechnet worden sind. Mit der sich daraus ergebenden "Zinslastquote" wird die Schuldenzinslast also direkt an der jeweiligen Wirtschaftsleistung gemessen.

Wie ersichtlich, schlägt diese Zinslastquote wesentlich stärker aus als die Quote der Zinslasten selbst. Ursache dafür ist, dass die steigenden Zinslasten jedes Mal die Konjunktur abbremsen, dass also den steigenden Lasten jeweils ein nachlassendes Wirtschaftswachstum und damit sinkende Einkommen gegenüberstehen. Die daraus resultierenden Höhepunkte der Zinslastquote kommen in den Jahren 1973, 1982 und 1993 besonders deutlich zum Ausdruck.

Wie weiter aus dem Vergleich hervorgeht, sind die Beziehungen zwischen den Schwankungen der Zinslastquote und der Arbeitslosigkeit besonders eng. Sehr deutlich wird dies daran, dass jeweils ein Jahr nach dem Ende des Anstiegs der Quote auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit aufhört. Das weitere Absinken der Zinslastquote führt dann, wenn auch mit zunehmender Verzögerung, zu einer Wiederbelebung der Konjunktur und schließlich zu einem Abbau der Arbeitslosenzahlen. Dass es nach dem letzten Konjunkturreinbruch 1993/94 nur zu einem kurzen Rückgang der Arbeitslosigkeit kam, dürfte auf den bereits ab 1995 wieder einsetzenden Anstieg der Zinslastquote zurück zu führen sein. Trotzdem führten das lange tiefe Zinstal wie auch konjunkturbelebende Maßnahmen der Politik und Einsparungen bei Lohnkosten in den Jahren 1998 bis 2000 zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nach dem besonders drastischen Anstieg der Bankzinserträge und damit der Zinslastquote im Jahr 2000 schlug die Entwicklung allerdings ab 2002 wieder in einen erneuten Anstieg um.

Man stelle sich jetzt einmal vor, die Zinssätze und damit auch die Entwicklungen der Geldvermögen/Schulden und der daraus resultierenden Zinslasten würden sich der Entwicklung der Wirtschaft anpassen, also nur im Gleichschritt mit ihr ansteigen. Dann wären möglicherweise nicht nur die Probleme der Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft, sondern auch der Zwang zum Wirtschaftswachstum in einer weitgehend gesättigten Volkswirtschaft. Denn in einer solchen Volkswirtschaft, in der das Wachstum der Geldvermögen/Schulden und die Zinssätze mit den Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, würde nämlich das Volkseinkommen in zunehmendem Maße bei den Arbeitleistenden verbleiben. Sie wären dann nicht nur in der Lage, die von ihnen selbst produzierten Güter auch zu erwerben; sie wären auch in der Lage, bei weiter steigender Produktivität ihre Arbeitszeiten zu senken und damit allen Arbeitswilligen Platz zu machen, ohne dass sich ihr persönlicher Wohlstand oder das Gemeinwohl vermindern würden.

1.13. Monetäres Überwachstum - globale Exzesse

Eine das Zusammenwachsen der Menschheit fördernde Globalisierung wäre grundsätzlich etwas Positives. Das gilt auch für den zunehmenden Güter- und Leistungsaustausch. Nehmen aber die Finanzströme rascher zu als die realen Handelsbeziehungen, kommt es auch hier zu Problemen - vor allem, wenn das Tauschmittel Geld selbst zum Spekulationsgut wird.

Auch auf globaler Ebene ist also die Überentwicklung der Geldvermögen der entscheidende Problemauslöser und -verstärker. Denn die sich ständig weiter bildenden Geldvermögen, die im industrialisierten Norden keine ausreichend lukrativen Anlagemög-

lichkeiten mehr finden, suchen sich neue Anlagemöglichkeiten in anderen Teilen der Erde. Die Globalisierung, die im Grunde bereits mit den ersten Fernhandelswegen vor mehreren Tausend Jahren begann, hat durch diese ausufernden Geldströme und Finanzanlagen neue und bisher kaum vorstellbare Dimensionen erreicht. Das Tempo dieser immer mehr von Spekulationsmotiven angetriebenen Geldbewegungen rund um den Globus wurde durch den Fortschritt der elektronischen Übermittlungstechniken rund um die Uhr dann nochmals beschleunigt.

Verstärkt wird diese Entwicklung noch durch die grenzüberschreitenden Aktivitäten der großen Konzerne. Sie sehen in dieser Internationalisierung nicht nur die Möglichkeit einer Verschiebung ihrer Gewinne in steuergünstigste Länder, sondern inzwischen auch die Möglichkeit zur Verlagerung ihrer Produktionen in Länder mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards! Bereits durch die Androhung solcher Standortverlagerungen haben sie gegenüber den Nationalstaaten inzwischen ähnliche Erpressungsmöglichkeiten entwickelt, wie sie sie (in weniger gefährlicher Form) bisher schon innerhalb der Länder gegenüber den Kommunen praktiziert haben.

Unter dem Druck der vagabundierenden Milliarden nimmt die Hektik aller Geschäftsvorgänge immer mehr zu. Vor allem die in Konkurrenz zueinander stehenden Geldsammelstellen, ob Banken, Anlage- oder Pensionsfonds, treiben diese Hektik durch kurzfristige Geldvergaben und reine Spekulationsgeschäfte an. Sie halten sich damit die Möglichkeit offen, bei Krisen rasch in lukrativere Anlagen umsteigen zu können, obwohl umgekehrt diese Krisen häufig erst durch solche konzentrierten kurzfristigen Rückzüge ausgelöst oder verstärkt werden. Um sich dann wieder gegen solche Risiken abzusichern, wurden zusätzliche finanztechnische Instrumente geschaffen wie Termingeschäfte oder Hedge-Fonds, bei denen andere Spekulanten, wie bei Wetten, dagegen halten können.

Da jedoch alle diese Anlageformen und Spekulationen nicht zur Bindung der vagabundierenden Geldmittel reichen und ein Kollaps des Weltfinanzsystems immer möglicher wird, kommt es inzwischen zu partiellen Selbstvernichtungen des im Übermaß vorhandenen Kapitals, und zwar nicht nur durch Crashes an den Börsen, sondern auch durch Ruinierung überzogener Firmengründungen, in deren Folge es dann auch zu Teilvernichtungen von zuviel vorhandenem Geldkapital kommt.

Wie lange diese "friedliche" Methode zur Verringerung überschüssigen Kapitals noch funktioniert, bleibt abzuwarten. Gewisse Entwicklungen in aller Welt - zum Beispiel in Afghanistan und im Irak - lassen darauf schließen, dass die Bereitschaft zunimmt, dies mit Mitteln der Rüstung oder gar des Krieges auf noch wirksamere Weise zu betreiben. Selbst friedensbewusste Ökonomen sprechen bekanntlich von "notwendigen Reinigungskrisen" bzw. sogar, wie der österreichische Ökonom J. A. Schumpeter, von der gelegentlichen Notwendigkeit "schöpferischer Zerstörungen", anstatt sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Überentwicklungen im monetären Bereich vermeiden könnte!

1.14. Kapitalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern

Trotz oder gerade wegen der zerplatzten Börseneuphorien gibt es immer noch Vermögende, denen solide und gering verzinsliche Anlagen lieber sind als alle unsicheren Hoffnungswerte. Diese Anlagesuchenden sind nun in aller Welt dabei, die letzten noch vorhandenen sicheren Privatisierungsmöglichkeiten zu aktivieren, die bislang noch nicht den Anlage- und Gewinninteressen im vollen Umfang zugänglich waren. Dabei kann es sich fast nur noch um öffentlich-rechtliche, kommunale oder staatliche Güter oder Einrichtungen handeln.

Diesen Bestrebungen des privaten Geldvermögens kommt nun auch das Interesse der vorgenannten öffentlichen Trägerschaften entgegen, die ihre Engpässe bisher durch ständig steigende Verschuldungen geschlossen haben. Da sie die Gefährlichkeit der daraus resultierenden Zins- und Schuldenfalle inzwischen erkannt haben, bietet sich ihnen durch den Verkauf des so genannten Tafelsilbers zumindest ein vorübergehender Ausweg aus dem Dilemma. Verdrängt wird dabei, dass mit diesen Verkäufen öffentliches Eigentum endgültig verloren geht, dass einmal von den Bürgern erarbeitet und mit deren Steuern und Gebühren finanziert worden ist! Ebenso wird verdrängt, dass im Zuge dieser Veräußerungen, die in die öffentlichen Gebühren eingerechneten kalkulatorischen Zinsen für diese Objekte die bislang der Allgemeinheit zu Gute kamen, zukünftig ausgerechnet in die Taschen jener Minderheiten fließen, die heute schon über zuviel Geld und damit auch Einfluss auf die Politik verfügen.

Bei diesen Privatisierungen, die von nichts ahnenden oder manchmal auch gekauften Politikern als Fortschritt hingestellt werden, sind Objekte wie die Ver- und Entsorgungsunternehmen im Bereich der Energie- und Wasserwirtschaft besonders begehrt. Denn Energie wie Wasser sind nämlich, ähnlich wie die Luft, das Licht und der Boden, nicht nur eine unverzichtbare Lebensgrundlage für alle Menschen, sondern auf Grund ihrer Unvermehrbarkeit auch ein immer knapper und damit wertvoller werdendes Monopolgut. Im Gegensatz zu allen anderen Möglichkeiten der Geldanlage in vermehrbare wie zerstörbare Güter, erhalten Finanzinvestoren mit diesen unvermehrten Gütern ein Faustpfand in die Hand, das ihnen nicht nur für das eingesetzte Kapital fast auf ewig sichere Dividenden sichert, ähnlich wie das bei Grund und Boden schon seit langem der Fall ist, sondern auch laufende Wertgewinne. Unter diesen Umständen ist außerdem zu befürchten, dass sich die Interessen der privaten Betreiber dieser Ver- und Entsorgungsunternehmen eher an Steigerungen der Umsatzmengen als an ökologischen Gesichtspunkten orientieren.

2. Problemfeld Boden

2.1. Grundsätzliches

Ähnlich wie bei der Geldordnung sind den meisten Bürgern auch die Ausbeutungsmechanismen nicht bewusst, die mit der heutigen Bodenordnung verbunden sind. Dabei handelt es sich in beiden Fällen um Ordnungssysteme, die auf Grund ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit den spekulativen Privatinteressen und Manipulationen entzogen werden und entzogen bleiben müssten.

Dies ist beim Boden noch leichter zu verstehen als beim Geld. Denn der Boden ist - wie Licht, Luft und Wasser - eine Vorgabe der Natur, auf die alle in die Welt geborenen Menschen einen gleichen Anspruch haben. Im Gegensatz zu den von Menschen geschaffenen Gütern dürfen mit diesen Naturgütern keine privaten Eigentums- oder Vorrechte verbunden sein. Die Durchsetzung dieses gleichen Anspruchs aller Menschen auf Naturgüter ist darum eine entscheidende Voraussetzung für die Realisierung des Allgemeinwohls und letztlich auch des Friedens in der Welt.

Während Licht und Luft heute noch wie selbstverständlich als "freie Güter" angesehen werden und während sich die Umwandlung des Wassers in privates Eigentum noch im Anfangsstadium befindet, wird das private Eigentum an Grund und Boden kaum noch von jemandem hinterfragt. Denn seitdem sich das private Bodeneigentum durchgesetzt hat, ist der Begriff des Lehens, also die Vorstellung, Grundlagen des

Daseins auf Zeit geliehen zu bekommen, praktisch verschwunden. Verschwunden ist damit zugleich die Einsicht in die Selbstverständlichkeit, dass private Einnahmen aus der Nutzung eines Allgemeinguts, beim Boden also die Bodenrente, der Allgemeinheit zustehen müssten.

Konflikte um Eigentumsrechte am Boden haben in der Geschichte immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Fast alle Kämpfe und Kriege in der Welt, dienten direkt oder indirekt der Eroberung von Boden, auch wenn die Bodenschätze inzwischen eine oft gewichtigere Rolle spielen als der Boden selbst.

Welche Abhängigkeiten und fast an Sklaverei und Leibeigenschaft grenzenden Ausbeutungen mit der allgemeinen Privatisierung des Bodens zusammen hängen, können wir heute noch besonders deutlich auf der Südhalbkugel der Erde beobachten. Dort müssen Bauern für die Nutzung des Bodens oft Pachtgebühren bezahlen, die sich auf den Wert des halben Bodenertrags belaufen, also auf die halbe Ernte. Und während sie früher bei der Zahlung des Zehnten nur einen Bruchteil des tatsächlich erwirtschafteten Erntergebnisses hergeben mussten, müssen sie heute die festgelegte und oftmals höhere Pacht in Geld aufbringen, auch dann, wenn die Ernte schlecht oder sogar völlig ausfällt! Das heißt, sie müssen immer häufiger Geld aufnehmen und ihr letztes Hab und Gut verpfänden, damit sich irgendwo auf der Welt einige Großgrundbesitzer, die über ihre Besitztümer oft gar keine Übersicht mehr haben und die Pachten durch Verwalter eintreiben lassen, in einem Reichtum leben können, der selbst früheren Sklavenhaltern nicht möglich war!

Nun könnte man geneigt sein, die hier angesprochene Bodenfrage im Bereich der Landwirtschaft als ein Problem der Entwicklungsländer abzutun, die uns weniger betrifft. Umso mehr aber betrifft sie uns im Bereich des Wohnens und Arbeitens, auch wenn die in diesen Bereichen zu tragenden Kosten, ähnlich wie bei den Zinsen, als Bestandteile der Verbraucherpreise kaum wahrgenommen werden. So enthalten z.B. die zu zahlenden Mieten nicht nur die Verzinsungen für die Kosten des Bauwerks, sondern auch die Verzinsung der Kosten des Bodens, die so genannte Bodenrente. Aufgrund der natürlichen Knappheit des Bodens steigen diese Bodenkosten ständig an, und zwar weit schneller als die Baukosten. Deshalb nimmt die Verzinsung der Bodenkosten einen immer größeren Teil in den Mieten in Anspruch, in den Zentren der Ballungsgebiete bis zur Hälfte und mehr. Diese unterschiedlichen Bodenpreise sind auch der Grund dafür, dass beispielsweise die Wohnungsmieten in München um die Hälfte teurer sind als in weniger begehrten Millionenstädten. Häuslebauer sparen darum in solchen Lagen oft hinter den ständig steigenden Bodenpreisen her bzw. sie müssen sich mit immer kleiner werdenden Parzellen zufrieden geben.

2.2. Die Größenordnungen von Bodengewinnen

Für den Zeitraum der letzten 60 Jahre kann man beim privaten Bodenbesitz von Wertsteigerungen im Umfang von mehreren Tausend Milliarden DM ausgehen. Zu diesen leistungslosen Steigerungen der Bodenwerte kommt dann noch die Steigerung der Verzinsung des Bodens hinzu, die ebenfalls nichts anderes als ein leistungsloses Einkommen auf Kosten der Arbeitleistenden darstellt.

In welchen Größenordnungen dabei Wertzuwächse und damit Geldgewinne mit spekulativen Bodenverkäufen gemacht werden konnten, hat der Bund Deutscher Architekten bereits in den 1960er Jahren in einer Ausstellung "Profitopolis" einmal dokumentiert. Danach wurden damals die sieben größten Grundbesitzer im Münchener Raum durch die Wertsteigerungen ihrer Grundstücke jeden Monat um soviel reicher,

wie alle Münchener Bürger an Miete zahlten! Und der größte dieser Grundbesitzer, der Baron von Finckh, machte mit dem Verkauf von Wiesen für die neu geplanten Satellitenstädte Millionengewinne, wobei er sich von der den Boden erwerbenden Stadt jedes Mal auch noch in gleicher Größe neue Grünflächen weiter außerhalb hinzugeben ließ. Dass heißt, sein Grundbesitz ging durch die Verkäufe flächenmäßig nicht zurück, und einige Jahre später konnte er die als Zusatzgeschenk erhaltenen Wiesen erneut gegen Millionengewinne als Bauland veräußern! Dass er für seine Gewinne noch nicht einmal Grunderwerbssteuern zahlen brauchte, sei nur am Rande erwähnt, denn Gewinne aus Bodenverkäufen unterlagen nicht der Versteuerung, wenn man sie zwei Jahre im Besitz gehalten hatte!

Aber nicht nur bei Verkäufen konnten und können private Bodeneigentümer riesige Reichtümer hinzu gewinnen, sondern auch im Zusammenhang mit öffentlichen Planungsentscheidungen. In welchem Umfang es hierbei zu privaten Gewinnen auf der einen Seite und zu Verlusten für die Allgemeinheit auf der anderen Seite kommen kann, zeigt das Beispiel des Münchener Flughafen-Ausbaus in Erding. Mit dieser Entscheidung sind nicht nur die Verkäufer des Bodens für den Flughafen zu Millionären geworden. Auch durch den Ausbau der S-Bahn-Strecke zwischen München und dem Flughafen und den damit sich ergebenden Erschließungsmöglichkeiten beiderseits der 30 Kilometer langen Strecke wurden den angrenzenden Bodeneigentümern leistungslose Wertzuwächse in Milliardenhöhen geschenkt. Der verstorbene Professor Wolfram Engels, Ökonom und Herausgeber der 'Wirtschaftswoche', hatte diese im Laufe der Zeit zu realisierenden Zugewinne bereits Ende der 1980er Jahre auf 30 Milliarden DM geschätzt. Sie stellen leistungslose Geschenke auf Kosten der Allgemeinheit dar, die nicht nur die Ausbaumaßnahmen auf der Strecke bezahlen muss, sondern zukünftig auch die Folgen der erhöhten Grundstückswerte Und das nicht nur bei einem evtl. Bodenerwerb, sondern auch als Mieter auf den Grundstücken oder als Käufer der Produkte, die auf diesen im Wert gestiegenen Flächen hergestellt werden!

Zu beachten ist hierbei, dass an diesen Wertsteigerungen und Bodenrenten mehr als die Hälfte der Bürger überhaupt nicht beteiligt ist, weil sie über keinen eigenen Bodenbesitz verfügt. Diese Bevölkerungshälfte ist also nur Verlierer und kann die Verluste durch keinerlei Einkünfte aus dem Boden mindern. Außerdem ist zu beachten, dass das Gros der übrigen Haushalte mit eigenen Grundstücken allenfalls Eigentümer eines Einfamilienhaus-Grundstücks sind. Das heißt, wie bei den Zinsströmen profitiert nur eine kleine Minderheit der Bodenbesitzer netto an den Bodenwertsteigerungen und Bodenrenten - allerdings oft in Größenordnungen, die sich unseren Vorstellungen entziehen.

Welche Verluste umgekehrt Gemeinden mit dem Verkauf öffentlicher Böden machen können, zeigt das Beispiel der Stadt Zürich, die im 19. Jahrhundert die ehemaligen Wallanlagen der Stadt zur Bebauung freigab und an private Interessenten verkaufte. Hätte die Stadt diese Bodenflächen behalten und nur verpachtet, könnte sie heute mit den Pachteinnahmen die gesamten öffentlichen Kosten der Stadt finanzieren. Das heißt, die Bürger brauchten keine Steuern für den Haushalt der Stadt auf zu bringen!

2.3. Die Einschränkungen des Gemeinwohls

Das Gemeinwohl der Bürger und Gesellschaften wird zweifellos von zahlreichen Vorgängen und vorgegebenen Strukturen eingeschränkt. Während die meisten dieser Einschränkungen öffentlich diskutiert werden (man denke z.B. nur an den Straßenverkehr), haben die aus den Fehlstrukturen unserer Geld- und Bodenordnung hervorgehenden Einschränkungen des Gemeinwohls trotz ihrer Größenordnung bislang kaum

die nötige Beachtung gefunden. Ursache dafür ist nicht nur die lange Gewöhnung an die Gegebenheiten, sondern auch der Tatbestand, dass sich bei den Auswirkungen der geldbezogenen Fehlstrukturen praktisch jeder als Gewinner fühlt, selbst wenn er nur ein kleines Sparguthaben besitzt, auf dem ihm am Ende des Jahres einige Euro Zinsen gut geschrieben werden. Und beim Boden sieht sich zumindest der besitzende Teil der Haushalte als Gewinner, obwohl auch hier die meisten, ähnlich wie bei den Geldvermögen, per Saldo Verlierer sind. Angesichts dieser gewissermaßen unsichtbaren strukturellen Ausbeutung der Menschen durch leistungslose Einkünfte aus Geld- und Bodenbesitz hat Margrit Kennedy einmal vom raffiniertesten Sklavensystem gesprochen, das es jemals gegeben hat. Es handelt sich um ein System, bei dem sich das Gros der "Sklaven" aufgrund einer Selbsttäuschung über die ökonomischen Strukturen sogar noch als Gewinner fühlt.

3. Mögliche Lösungsansätze

3.1. Welche Korrekturen sind beim Geldsystem erforderlich und möglich?

Zur Beantwortung dieser Frage werden in der *Darstellung 9* die geldbezogenen Vorgänge und Fakten noch einmal schematisch zusammengefasst.



Darstellung 9

Im linken Teil der Grafik sind die Entwicklungen im monetären Bereich dargestellt, im rechten die gesellschaftlichen; verbunden sind die beiden Bereiche durch den der Wirtschaft in der Mitte.

Die Vorgänge im linken Teil sind als Kreislauf dargestellt, in dem es zu einem sich selbst beschleunigenden Prozess kommt: Die Geldvermögen wachsen durch die Zinseinkommen an, mit der Folge, dass dies auch bei den Bankgeschäften der Fall ist. Wer sich also über das Wachstum der Bankentürme in Frankfurt und anderswo wundert, findet in diesem Überwachstum der Geldvermögen eine Erklärung. Vermittelt über die Banken, kommt es im Gleichschritt mit den Geldvermögen dann zu einem entsprechenden Wachstum der Kredite, deren Bedienung - direkt oder indirekt - durch die Leistungen der Wirtschaft abgesichert werden muss, womit es erneut zu einem Wachstum der Geldvermögen kommt.

Wir haben es in dieser linken Hälfte der Grafik mit einer sich selbst beschleunigenden Entwicklung zu tun bzw. mit einer - wie die Kybernetiker sagen - "positiven Rückkopplung". Alle funktionierenden Prozesse aber müssen, wenn sie Bestand haben sollen, negativ rückgekoppelt sein! Das heißt, sie müssen Regelungen unterliegen, die auf Auswüchse bremsend reagieren, ähnlich wie ein Stoßdämpfer beim Auto oder bei einem Thermostatventil an der Heizung. Denn alle Prozesse, die auf positiver Rückkopplung beruhen und sich damit in ihren Entwicklungen selbst beschleunigen, müssen im selbsterstörerischen Kollaps enden. Folge dieser sich selbst beschleunigenden Fehlentwicklung im monetären Bereich ist eine zunehmende Belastung der Wirtschaft durch Zinsen. Dieser Belastung kann sie nur durch eigenes ständiges Wachstum nachkommen. Da aber dieses Wachstum schon seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr mit jenem im monetären Bereich Schritt halten kann, kommt es sowohl bei den Arbeitseinkommen als auch im öffentlichen Bereich zu den hier dargelegten Engpässen.

In der rechten Hälfte der *Darstellung 9* sind die Entwicklungen nicht als Kreislauf, sondern in zwei Halbkreisen wiedergegeben. Der obere Halbkreis zeigt, dass sinkende Gewinne und Lohneinkommen, die aus dem erhöhten Abfluss der erwirtschafteten Einkünfte in den monetären Kreislauf resultieren, zu Insolvenzen und Arbeitslosigkeit und in Verbindung damit zu sozialen Spannungen und Streikgefahren führen. Diese wiederum lösen steigende Kriminalität und Unruhen aus, bis hin zu Aufruhr und Aufständen, die sogar in gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung, bis hin zu Bürgerkriegen und mehr führen können.

Der untere Halbkreis gibt den heute üblichen Ausweg aus dem Dilemma wieder, nämlich den Versuch, den sozialen und politischen Problemen durch Steigerungen der Wirtschaftsleistung entgegen zu wirken. Abgesehen davon, dass diese Leistungssteigerungen die Umverteilungsprobleme schon lange nicht mehr in genügendem Maße ausgleichen können, kann dieser Ausweg, vor allem angesichts der Begrenztheit der irdischen Ressourcen, keine Dauerlösung sein. Am Ende drohen darum auch hier gewaltsame Auseinandersetzungen, wie sie sich heute bereits im Nahen Osten um die Wasservorräte und weltweit um die Rohstoffvorkommen und hier vor allem um das Erdöl abzeichnen.

Gehen wir auf der Suche nach einer Lösung nun einmal der geschilderten Problemkette rückwärts nach:

Der Zwang zum Wachstum lässt nur nach, wenn wir die Zunahme der sozialen Spannungen vermeiden können. Diese sind nur vermeidbar, wenn die Zunahme der zinsbedingten Umverteilungen abgebaut werden kann. Das aber ist nur möglich, wenn das übermäßige Wachstum der Geldvermögen und Schulden zurückgeht, was wiederum

ein Absinken der Zinssätze und deren Anpassung an die nachlassenden Wachstumsraten in der Wirtschaft zur Voraussetzung hat.

3.2. Wie kann es zu sinkenden Zinssätzen kommen?

Der Zins ist unbestritten der wichtigste Preis in der Wirtschaft und aus Steuerungs- und Allokationsgründen unverzichtbar. Als Knappheitspreis signalisiert er außerdem die Situation von Angebot und Nachfrage an den Kreditmärkten. Vor allem aber sorgt der Zins dafür, dass Geldüberschüsse wieder in die Wirtschaft investiert werden. Um diese unverzichtbaren Funktionen erfüllen zu können, muss der Zins aber durchaus nicht so hoch sein, wie er in der Vergangenheit im allgemeinen war. Er könnte seine Funktionen ebenso gut erfüllen, wenn er um eine neue Gleichgewichtslage pendeln könnte, die nur noch um die Bankmarge und den Risikoausgleich von Null abweicht.

Ein regelmäßiger Geldumlauf ist Voraussetzung für eine funktionierende und verstärkte Konjunktur. Schon der Volksmund sagt: "Taler, Taler du musst wandern, von der einen Hand zur anderen". Oder: "Der Rubel muss rollen", womit die Gleichmäßigkeit des Geldumlaufs gemeint ist. Denn jede Unterbrechung des Geldkreislaufs führt zu Nachfrageausfällen, denen zwangsläufig Produktionsrückgänge und damit Arbeitslosigkeit folgen müssen. Der Zins ist also bislang gewissermaßen als "Zuckerbrot" ein unverzichtbares Mittel zur Sicherung des Geldumlaufs, ähnlich wie die Inflation als "Peitsche" diesen Umlauf sichert, indem sie das Liegenlassen von Geld mit Kaufkraftverlusten bestraft. Beide Umlaufsicherungsmittel sind jedoch unzuverlässig in ihrer Wirkung, vor allem bei sinkenden Zins- und Inflationsraten. Bei fallenden Zins- und Inflationsraten kommt es darum zu Stockungen im Geldkreislauf, weil sich das Geld aufgrund seiner bisherigen Eigenschaft als jederzeit und überall liquider "Joker im wirtschaftlichen Spiel" (Dieter Suhr) vorübergehend in die Hortung zurückziehen oder in spekulative Finanzanlagen ausweichen kann. Ein Absinken der Zins- und Inflationsätze wäre darum höchst wünschenswert. Doch wegen des "Liquiditätsvorteils", den das Geld bislang noch hat, wäre ein zu tief sinkender Zins mit eklatanten negativen Folgen verbunden, bis hin zu Rezessions- und Deflationsgefahren.

Dieser immer wieder angezweifelte Tatbestand, dass mit einem Sinken der Zinsen unter eine bestimmte Grenze von etwa 2,5 ~ 3 Prozent die Bereitschaft zur Realinvestition des Geldes nachlässt, wird sogar von den Notenbanken bestätigt. Er lässt sich auch an den Veränderungen der Bargeldhaltung und hier speziell jener der großen Banknoten nachweisen. So wurde z.B. in den beiden Niedrigzinsjahren 1987 und 1988 die Bargeldnachfrage und -haltung dreimal stärker ausgeweitet als es dem Wachstum der Wirtschaft entsprach, und das nur durch eine extreme Nachfragesteigerung nach 1000-DM-Scheinen in einem Umfang von 58 Prozent! In der anschließenden Zinsanstiegsphase war es dann umgekehrt: Trotz eines Anstiegs der Wirtschaftsleistung um insgesamt 15 Prozent nahm die Bargeldmenge nur um 3,5 Prozent zu und der Bestand an 1000-DM-Scheinen nahm sogar ab, weil die Anlage von Geld wieder attraktiv geworden war.

Dass rund ein Drittel der in Deutschland ausgegebenen Geldmittel ins Ausland verschwunden war, ergab 1995 eine von der Deutschen Bundesbank in Auftrag gegebene Untersuchung. Nach damaligen Schätzungen von Insidern dürfte ein weiteres Drittel der gesamten Geldmenge in Deutschland gehortet worden sein, vor allem in kriminellen und Steuerhinterziehungskassen. Diese Tatbestände zeichneten sich auch beim Umtausch der DM gegen Euro ab, als bereits vor dem Termin fast die Hälfte der gesamten DM-Bestände abgebaut wurden, und das fast ausschließlich im Bereich der großen Scheine. Und das gleiche gilt für den erneuten Aufbau der Bestände nach dem

Umtausch, gerade auch weil er wesentlich zögerlicher verlief, denn warum sollte man so rasch wieder aus den Geldhortungen in Schweizer Franken oder Dollar wieder aussteigen?

Neben dieser klassischen Bargeldhortung führen jedoch auch die zunehmenden Verlagerungen überschüssiger Geldmittel in die Spekulation zu einer Verknappung des normalen Geldangebotes auf den Kapitalmärkten. Auf Grund der Möglichkeit, Geld entweder zurück zu halten oder es auf Finanzmärkte umzuleiten, lässt sich also ein marktgerechtes Absinken der Zinssätze heute unterlaufen. Oder anders ausgedrückt, durch eine Blockierung und damit künstliche Verknappung des Geldes in der Realwirtschaft kann der Zins an einem weiteren Absinken gehindert werden! Er verharrt auf einem Niveau oberhalb des Niveaus, auf das die Marktkräfte ihn sonst senken würden. Das ist sowohl mit wirtschaftlicher Vernunft als auch mit den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaats unvereinbar. Als Voraussetzung einer Änderung dieser Situation ist es darum zuerst einmal erforderlich, dass das Geld in der Rechtsordnung allen anderen öffentlichen Gütern gleichgestellt wird. Öffentliche Güter sind im allgemeinen dadurch gekennzeichnet, dass jeder Mensch sie unter gleichen Bedingungen nutzen kann, dass aber niemand sie blockieren und damit andere an der Nutzung hindern darf. Dies aber sollte für den Geldverkehr in ähnlicher Weise gelten wie für den Straßenverkehr. Dass heißt, so wie man den Blockierer einer Straße oder eines öffentlichen Parkplatzes nicht durch eine Belohnung von diesem Verhalten abbringt sondern durch eine Gebühr, so sollte das auch bei den Blockierern des öffentlichen Gutes Geld der Fall sein.

Als einziges gesetzliches Zahlungsmittel in unserer Wirtschaft sollte das Geld also nicht nur - wie es heute bereits der Fall ist - mit einem Annahmewang verbunden sein, sondern es sollte mit einer (vielmals wichtigeren!) Verpflichtung zur Weitergabe verbunden werden, damit in Zukunft das Gemeinwohl beeinträchtigende Störungen des Geldkreislaufes unterbleiben. Um dies zu erreichen, müssen die heutigen destruktiven Geldumlaufsicherungen Zins und Inflation durch eine konstruktive, stetig wirksame Umlaufsicherung ergänzt bzw. im Endeffekt ersetzt werden - durch eine Umlaufsicherung also, die auch dann noch den Umlauf des Geldes garantiert, wenn die Zinsen mit den Sättigungen an den Märkten marktgerecht gegen Null heruntergehen. Mit einer solchen konstruktiven Umlaufsicherung würde es nicht nur möglich, die so problematische künstliche Zinshochhaltung zu überwinden; auch die Notenbanken kämen in die Lage, die Geldmenge präzise und damit inflationsfrei zu steuern - eine weitere Voraussetzung für stabile Wirtschaftslagen.

Auf diese Möglichkeiten hat bereits Silvio Gesell vor mehr als einhundert Jahren hingewiesen, vor allem in seinem grundlegenden Werk "Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld". Mit einer solchen Umlaufsicherung, die man auch als Geldgebühr oder Geldhalte- bzw. Geldnutzungskosten bezeichnen kann, würde die Überlegenheit des Geldes gegenüber der menschlichen Arbeit und den zu tauschenden Gütern abgebaut. Bislang hat das Geld einen - wie es John Maynard Keynes in Anlehnung an Gesell nannte - "Liquiditätsvorteil". Während heute die von ihrer Arbeit lebenden Menschen ihre Arbeitskraft anbieten müssen, wenn sie leben und überleben wollen und die Produzenten von Gütern zum Angebot gezwungen sind wenn sie Verluste vermeiden wollen, so müsste das auch für das Geld gelten. Das aber kann sich heute diesem Angebotszwang entziehen, weil den Gütern und der Arbeit überlegen ist, weil es nicht altert und verdirbt, nicht unmodern wird und keine Lager- bzw. Durchhaltekosten verursacht.

John Maynard Keynes hat sich ausführlich mit Gesell und seinen Vorschlägen befasst

und deshalb die Einführung solcher Durchhaltekosten auf die Geldhaltung (*"carrying costs"*) vorgeschlagen, um auf diese Weise zu verhindern, dass die Wirtschaft bei dem an sich wünschenswerten Sinken der Zinsen in eine "Liquiditätsfalle" gerät. Wörtlich schrieb er in seinem Hauptwerk *"Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes"*, dass eine solche Maßnahme *"zum sanften Tod des Rentiers"* führen und der *"vernünftigste Weg sein (würde), um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden"*. Und weiter schreibt er: *"Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht mehr wachsen."*⁶

Was dieser letzte Satz in seiner ganzen Konsequenz bedeutet, wird klar, wenn man sich noch einmal in die Ausführungen und Grafiken der ersten Seiten dieses Aufsatzes vertieft. Eine Wirtschaft mit einem Zins, der sich ihrer Entwicklung anpasst, würde nicht mehr unter Wachstumszwang stehen und könnte auch bei einem Nullwachstum ohne soziale und ökonomische Probleme stabil bleiben!

Die Geldvermögen würden sich durch Zinsen nur noch so lange vermehren, wie die Wirtschaft weiterer Ersparnisse bedarf. Mit den sich einstellenden Sättigungsprozessen würden die Zinsen und damit die aus ihnen resultierenden Ersparnisbildungen nachlassen, was bedeuten würde, dass auch der Zwang zur Verschuldung nachlassen würde. Geldvermögen würden dann nicht mehr automatisch weiter zunehmen, sondern nur noch in dem Umfang, wie aus Arbeitseinkommen Rücklagen gebildet werden. Die Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit wiederum würden durch das Absinken der Zinseinkommen schließlich mit dem Volkseinkommen identisch werden. Das heißt, es gäbe keine zinsbedingten leistungslosen Einkommen mehr, schon gar nicht solche, die rascher als die Wirtschaftsleistung wachsen und damit die Diskrepanzen zwischen Armut und Reichtum in schließlich sozial untragbare Dimensionen treiben.

3.3. Die Korrektur der Bodenordnung

Hier wären als erste Schritte jeder weitere Ausverkauf öffentlicher Böden und die Privatisierung des Zugriffs auf Wasser und andere Naturgüter einzustellen. Statt Eigentum sollen private und juristische Personen immer nur entgeltliche Nutzungsrechte an den Naturgütern erhalten. Außerdem sollten die Gemeinden bzw. Länder verpflichtet werden, ihre bereits bestehenden Vorkaufsrechte auf den Boden stärker wahrzunehmen. Im Endeffekt wäre also ein Rückkauf aller Böden und Naturgüter in den Gemeinbesitz (nicht Staatsbesitz!) und eine Vergabe der Böden nur noch auf Erbpacht- oder Baurechtsgrundlage die optimale Lösung.

Auch wenn dies auf den ersten Blick utopisch erscheint, wäre ein solcher Rückkauf des Bodens und der Naturgüter gemäß eines Vorschlags von Silvio Gesell auf eine elegante Weise möglich. Nämlich durch ihren Aufkauf gegen verzinsliche Schuldscheine des Staates, die dann aus den Pachteinnahmen bedient würden. Durch die im Zuge der Geldreform langsam sinkenden Zinsen würden dann die ehemaligen Bodenbesitzer nicht schlechter gestellt, als die Geldvermögensbesitzer.

Die nach und nach frei werdenden Pachteinnahmen, die nicht mehr für die Zahlung von Entschädigungen benötigt werden, könnten dann an die tatsächlichen Eigentümer des Bodens und der Naturgüter, nämlich an die im Lande lebenden Menschen ausgezahlt werden. Ob das in Form eines Kinder- oder Erziehungsgeldes geschieht, wie ebenfalls von Gesell vorgeschlagen, oder als lebenslanger für alle gleichhoher

⁶ *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1936, Seite 184 und 316 u.f.

Pro-Kopf-Anteil, kann offen bleiben. Richtiger wäre zweifellos eine gleich hohe Auszahlung an alle Bewohner, da ja auch alle mit ihrem direkten und indirekten Bodenbedarf diese Rente letztlich aufbringen.

Während diese Bodenrenten heute, netto gerechnet, letztlich in die Taschen einer kleinen Minderheit fließen, würden sie mit der Bodenreform allen Bürgern zugute kommen. Dabei würden diejenigen, die weniger Boden und Naturgüter beanspruchen als der Durchschnitt (was ja z.B. bereits mit dem Wohnbedarf bzw. dem Verkehrsverhalten entscheidend beeinflusst werden kann), im Endeffekt mehr aus dem Bodenrentenaufkommen zurück erhalten, als sie mit ihren Nutzungsentgelten dazu beitragen. Und da diese Bodenrente pro Kopf in gleicher Höhe auch an alle Kinder ausgezahlt wird, käme es auch noch zu einer in sozialer Hinsicht erwünschten Unterstützung der Familien.

In diese Bodenrente fließen also nicht nur die Pachten aus der Nutzung der Erdoberfläche ein, sondern auch alle Pachten aus der Nutzung der Bodenschätze, einschließlich des Wassers. Darüber hinaus könnte man auch alle weiteren erforderlichen Ökoabgaben wieder pro Kopf an die Bürger und Bürgerinnen zurück verteilen, wie das von Fritz Andres bzw. dem Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll vorgeschlagen wird⁷. Damit würde nicht nur der allgemeine Widerstand gegen die Ökoabgaben und -steuern reduziert, sondern auch das gleiche Anspruchsrecht jedes Menschen an die Naturgüter herausgestellt, verbunden mit dem Anreiz zu einem verantwortlichen Umgang mit diesen Gütern.

Man stelle sich nur einmal vor, welche positiven Wirkungen eine solche Regelung in ökologischer Hinsicht wie auch im Hinblick auf das Gemeinwohl und die allgemeinen Menschenrechte haben würde! Und da inzwischen die Menschen auch grenzüberschreitend auf Boden und vor allem die Bodenschätze zurückgreifen, wäre es noch vielmals positiver und gerechter, wenn man diese Anspruchsrechte und Renten schließlich weltweit verteilen bzw. ausgleichen würde. Denn damit bekämen alle Menschen auf der Welt gleichermaßen einen Anspruch auf diese Rente, die aus der Nutzung des Bodens und aller anderen Naturgüter resultiert! Nicht nur die positiven ökologischen und sozialen Folgen einer solchen gerechten Umverteilung wären kaum vorstellbar, sondern vor allem auch die Folgen, über sich über den damit verbundenen Abbau des Nord-Süd-Gefälles und der Armut-Reichtums-Gegensätze für die Gerechtigkeit in der Welt und damit den Frieden ergeben!

Zweifellos würden sich durch eine Korrektur der hier dargelegten Fehlstrukturen unserer Geld- und Bodenordnung nicht alle Probleme in der Welt in Wohlgefallen auflösen. Aber ohne diese Korrekturen müssen sie, aus einfachen mathematischen Gründen, immer größer und unlösbarer werden.

Weiterführende Veröffentlichungen des Verfassers:

Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, ISBN 3-928493-46-9 / 6. Taschenbuchauflage, Verlag Mainz, Aachen

Die 29 Irrtümer rund ums Geld, ISBN 3-85436-352-1 / 2. Auflage, Signum-Wirtschaftsverlag, München/Wien

(www.Helmut-Creutz.de - e-mail: helmut.creutz@iit-online.de)

⁷ Fragen der Freiheit Nr. 250 u. 261, Bad Boll 2000 und 2002